

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Donnerstag, 25. Feber 1926.

Nr. 48.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rücksendung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

Spiel mit dem Feuer.

Wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien aller Nationen es darauf abgesehen hätten, die arbeitende Bevölkerung zu Ausbrüchen der Verzweiflung zu treiben, sie könnten es nicht anders treiben, als sie dies in der letzten Zeit tun. Die Regierung schickt sich an, einen großen Beutezug zu unternehmen, bei dem den Vermögenden der Armen zur Aber gelassen werden soll, denn gerade diese werden von den geplanten Steuererhöhungen am härtesten getroffen werden. Vorläufig weiß man noch gar nicht, was alles der Verteuerung verfallen wird, denn offiziell ist darüber noch nichts bekannt, nur soviel weiß man, daß Rauchwaren und Zucker verteuert werden und die Fahrpreise bei den Eisenbahnen um 22 Prozent erhöht werden sollen. Ob das alles ist, was man an neuen Lasten der Bevölkerung zumuten will, ist nicht gewiß, denn man spricht auch von einer Erhöhung der Umsatzsteuer, von Spiritus, Tee, Kaffee und anderen Produkten. Wenn auch nur ein Teil dessen verwirklicht werden soll, was, wie man hört, die Absicht der Regierung ist, so wird dies eine schwer ins Gewicht fallende Erhöhung der Lebenseristenz weitester Arbeiterkreise, aber auch jener der Angestellten und kleinen Beamten zur Folge haben. Unter der Initiative und Führung der Regierung, die mit schlechtem Beispiel voranging, haben die Unternehmer seinerzeit unter Ausnützung der wirtschaftlichen Krise die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten auf ein Niveau herabgedrückt, das nicht nur tief unter der Vorkriegshöhe steht, sondern das auch weit niedriger als das Einkommensniveau dieser Schichten in vielen anderen Ländern ist. Unter dem verlogenen Versprechen, daß diese Reduzierung der Löhne und Gehälter eine Preislenkung der Lebensmittel und der Preise der anderen Waren zur Folge haben werde, wie auch unter der Devise, es müsse die Exportfähigkeit der heimischen Industrie sichergestellt werden, wurden Millionen von Menschen im Staate zu dem elendesten Lebensstandard gezwungen. Die Verbilligung trat nicht ein und die einzige Folge der von der Regierung breitbeworbenen angelegentlichsten Kampagne gegen die Teuerung war eine Bereicherung der städtischen und ländlichen Kapitalisten.

Die geplante Erhöhung der Konjunktursteuer allein ist schon geeignet, die bisher an den Tag gelegte Schaffsgeld der arbeitenden Bevölkerung zur Erschöpfung zu bringen, denn wie soll der Arbeiter und Angestellte, der heute schon nicht mehr in der Lage ist, selbst unter Verzicht auf jede Extravaganz, die bescheidensten Lebensansprüche zu fristen, diese neuen Lasten ertragen! Dennoch droht der arbeitenden Bevölkerung eine weitere Schmälerung ihrer Lebenseristenz durch die Verteuerung von Brot und Mehl, aber auch durch die Verteuerung fast aller übrigen Lebensmittel. Deutsche und tschechische Agrarier erheben in internationaler Einheitsfront den Ruf nach Einführung fester Getreidezölle und bei der Steigerung der Macht der agrarischen Brotverteuerer, die noch immer bei allen bürgerlichen Parteien wertvollste Unterstützung fanden, ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Ruf bei der Regierung Gehör findet, wenn er nicht gar von ihr, da an ihrer Spitze ein Agrarier steht, ausgeht. Im Senat hat der tschechisch-agrarische Senator Donat eine Interpellation wegen des angeblichen Sinkens der landwirtschaftlichen Produkte eingebracht, in der gesamten agrarischen Presse, der tschechischen wie der deutschen, wird zum Sturm gegen die gleitenden Zölle gelassen und die deutschen Landwirte suchen ihre tschechischen Massenbrüder in der Verantwortlichkeit noch zu überbieten. Der landwirtschafliche Abgeordnete Josef Mahler und Genossen haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, durch welchen nicht nur die Einführung fester Getreidezölle, sondern schlanterweg die Festsetzung der Zölle für die österreichischen autonomen Zolltarifs vom 13. Feber 1906 veranlaßt wird. Die gleitenden Zölle gelten für

Mehl und Mahlprodukte, Schweinefett, Schweinespek und Gänsefett, die Zollsätze des alten österreichischen autonomen Zolltarifs hatten auch Geltung für Süßmilch, Butter, Käse, Eier, Rinder, Schafe, Ziegen, Fische u. a., so daß, wenn das geschähe, was die deutschen Landwirte fordern, die Einfuhr aller dieser Artikel mit Zöllen belegt wäre, was sich für die Konsumenten in einer allgemeinen Steigerung der Teuerung aller Lebensmittel und Bedürfnisartikel auswirken würde. Nicht genug daran, kommen die deutschen Agrarier mit dem alten Trick, die Seuchengefahr bedingte Unterbindung der Einfuhr von ausländischem Vieh und sie haben gleichfalls durch die Abgeordneten Mahler und Genossen im Abgeordnetenhaus einen Antrag betreffend eines Verbotes der Vieheinfuhr gestellt. Das ist die Hervorholung der alten Hohenblumischen Ausplünderungspolitik, die, um die Konsumenten schröpfen zu können, in Oesterreich, obwohl dessen Viehproduktion den heimischen Bedarf nicht deckte, die Vieh- und Fleischimport drückte, was bekanntlich unter anderem die Folge hatte, daß Serbien zum geschworenen Feinde Oesterreichs wurde. Aus dieser Feindschaft sind die Funken entstanden, die zum Weltkrieg führten. Ohne jede Rücksicht auf die Lebenslage der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, haben die Agrarier diese nichtwürdigen ausbeuterischen Methoden wieder hervorgeholt.

Um die angebliche Notwendigkeit der Erhöhung der Preise der Lebensmittel durch die Einführung fester Lebensmittelzölle glaubhaft zu machen, wiederholen sich ihre abgebrauchten Tiraden von der „Not“ und dem „andauernden Niedergang unserer heimischen Landwirtschaft“. Der tschechisch-agrarische Landwirtschaftsminister Dr. Hodza hat am Sonntag in Pilsen auf einer Tagung der heranwachsenden agrarischen Jugend eine Rede gehalten, in der er den Nüchtlern erzählte, die Landwirtschaft befindet sich seit einigen Monaten in einer schweren Krise, die infolge des Sinkens der Preise für Mehl und Getreide eingetreten sei und er versprach namens der Regierung, es werde alles geschehen, um der Landwirtschaft (lies: den Großgrundbesitzern) den erforderlichen Zollschutz zu schaffen. Ein Mitglied der Regierung gibt in ihrem Namen den agrarischen Kampfruf zum neuerlichen Angriff auf die Konsumenten aus! In der Regierung sitzt auch ein sogenannter „Ernährungsminister“; dieser hat es bis heute unterlassen, auf die Herausforderung des agrarischen Hauptlings im Ministerrat die im Interesse der Konsumenten notwendige Antwort zu geben. Alles Streben der Agrarier geht dahin, durch die Hilfe des Staates die Profitmöglichkeiten ihrer Klassenangehörigen mindestens auf jene Höhe der Vorkriegszeit zu steigern, ein Verlangen, dem angesichts des Umstandes, daß Millionen der Bevölkerung ein weit niedrigeres Einkommen haben, als sie es vor dem Kriege hatten, jedwede Berechtigung fehlt. Die industrielle Arbeitererschaft hat unter dem Kriege und seinen Folgen am schwersten zu leiden gehabt, für sie waren diese Jahre nicht, wie für die Agrarier, fette Jahre. Die Arbeiter mußten in dieser Zeit oft ihre letzte Habe veräußern, um wenigstens lärglich ihr Leben fristen zu können, während in derselben Zeit die Agrarier in die Lage versetzt waren, sich auskömmlich zu ernähren und reichen Profit zu erzielen. Auch jetzt leidet noch die arbeitende Bevölkerung schwer und unerbittlich unter den Folgen des Krieges, den nicht zuletzt die Agrarier mit ihrer Teuerungspolitik mitverschuldet haben, und sie kann und wird es nicht dulden, daß in dem allgemeinen Elend eine einzelne Schichte durch Ausnützung ihrer augenblicklichen politischen Macht auf eine Insel der Glückseligkeit sich hinüberschwimmen lacht. Es wäre größte Verlogenheit, wollte man bestreiten, die Sozialdemokraten hätten keinen Sinn dafür, die landwirtschaftliche Produktion zu schützen, aber in einer Zeit, da die übergroße Mehrheit der Bevölkerung drückendste Not leidet, darf nicht ein Teil eigensüchtig das Schicksal der Gesamtheit aus dem Auge lassen

und seine Bereicherungswut auf Kosten der Existenz der anderen austoben. Wenn Herr Hodza vom Sinken der Lebensmittelpreise erzählt, so sei ihm gesagt, daß die konsumierende Bevölkerung davon bisher nicht einmal einen Pfennig zu spüren bekommen hat. Nirgends die Spur einer Erleichterung für die schwer arbeitenden und sorgenbedrückten Menschen,

immer und überall nur neue Anschläge auf die ohnehin denkbarst tiefstehende Lebenshaltung der Massen. Es sei der Regierung, es sei aber auch den agrarischen und industriellen Volkspolizisten davon bisher nicht einmal ein Pfennig zu spüren gekommen hat. Nirgends die Spur einer Erleichterung für die schwer arbeitenden und sorgenbedrückten Menschen, immer und überall nur neue Anschläge auf die ohnehin denkbarst tiefstehende Lebenshaltung der Massen. Es sei der Regierung, es sei aber auch den agrarischen und industriellen Volkspolizisten davon bisher nicht einmal ein Pfennig zu spüren gekommen hat. Nirgends die Spur einer Erleichterung für die schwer arbeitenden und sorgenbedrückten Menschen,

Bethlen gerichtet.

Der Minoritätsbericht des Untersuchungsausschusses stellt die volle Verantwortung der Regierung fest. — Der Mehrheitsbericht eine mißlungene Augenaußwärterei.

Budapest, 24. Feber. (Eigenbericht.) In der Schlußsitzung des Untersuchungsausschusses für die Frankfälschungen kam es gestern nachts zu stürmischen Auseinandersetzungen, da die Regierung Anhänger wiederholt den Versuch unternahm, die Opposition von der Erbringung des Minoritätsvotums, das die Verantwortlichkeit der Regierung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise feststellt, abzubringen. Die Opposition verlangte jedoch als Vorbedingung für eine derartige Konzession den sofortigen Rücktritt der Regierung Bethlen, wodurch ein Kompromiß von vornherein ausgeschlossen war.

So wurden denn der heutigen Plenarsitzung der Nationalversammlung zwei Berichte vorgelegt. Der offizielle Bericht der Mehrheit stellt den Tatbestand der Fälschungen konform mit der Anklageschrift dar und kommt zu dem Schluß, daß kein Mitglied der Regierung politisch verantwortlich gemacht werden könne. Im schärfsten Widerspruch hierzu steht der von Bazonyi ausgearbeitete Bericht der Minorität, der vom ersten bis zum letzten Wort eine lückenlose, wuchtige Anklage Bethlens und seiner Regierung ist.

Jedes Wort eine Anklage.

Der Minoritätsbericht.

Budapest, 24. Feber. (Eigenbericht.) Der Bericht der Minorität stellt zunächst fest, daß alle Angeklagten erklären, die Frankfälschung für eine offizielle Aktion gehalten zu haben. Ueber das Verhalten Bethlens vor seiner Abreise nach Genf sagt der Bericht: Bethlen ließ den Radoffy rufen, nahm dessen Meldung entgegen, daß er sich schuldig fühle, weil er die Frankfälschung nicht rechtzeitig verhindert habe, bat ihn, dem Minister des Innern ausführlichen Bericht zu erstatten, und reiste dann auf die Jagd. Vom 16. bis 31. Dezember wurde überhaupt nicht nachgeforscht. Am 25. Dezember lud der Innenminister Radoffy Radoffy und Wundischgräß zu sich in die Privatwohnung ein und „plauderte“ mit ihnen über die Angelegenheit. Der Bericht sagt darüber: Es wird wohl keinen zivilisierten Menschen geben, der diese gemüthliche Art der Untersuchung begreifen könnte. Das ist aber nach der Aussage des Innenministers mit Wissen des Ministerpräsidenten geschehen.

Die Fälschung der Tschechoskronen

mußte, abgesehen davon, daß sie jahrelang unbehelligt blieb, insbesondere auch dadurch die Frankfälscher ermutigen, daß die Tschechoskronen schließlich straflos ausgingen. Der Tschechoskronenfälscher Meszaros hat bereits im Jahre 1922 dem Abgeordneten Friedrich ein Frank-Altschee gezeigt. Als Meszaros im Herbst 1921 in Wien wegen der Tschechoskronenfälschungen verhaftet wurde, erlegte Friedrich auf Bitten der Frau des Meszaros die eine Hälfte der Kaution und der damalige Außenminister Banffy die andere. Zur Erhebung darüber, ob es sich tatsächlich um eine Kaution oder um einen Schadenersatz für die geschädigten Bankiers gehandelt habe, wäre die Vernehmung des Grafen Banffy erforderlich gewesen. Dies wurde jedoch von der Ausschuhmehrheit abgelehnt. Nach den Aussagen Bethlens seien die falschen Tschechoskronen in Wehelsdorf bei Graz mit Wissen und Unterstützung gewisser österreichischer Behörden erzeugt worden. Der Bericht der ungarischen Staatspolizei habe über die Mitwirkung jener österreichischen Behörden Einzelheiten enthalten. Nachdem dieser Bericht auf diplomatischem Wege der österreichischen Regierung mitgeteilt worden war, wurde in Wien das Verfahren gegen Meszaros niedergeschlagen.

Der Bericht der Minorität schließt mit folgenden Feststellungen:

Die Regierung hat in der Sache der Frankfälschungen, was die Vorbeugung und was die Leitung der Erhebungen betrifft, sich schwerwiegende Verschumnisse zuschulden kommen lassen. Hätte die Regierung, hätte insbesondere der Ministerpräsident ihre Pflicht ernstlich erfüllt, so hätte dem Lande die Schande der Frankfälschungen erspart werden können. Das Verhalten der Regierung ist in die-

ser Sache auch sonst bedenklich und besonders schwer fällt das Verhalten des Prinzen Wundischgräß ins Gewicht, der trotz vielfacher, tagelanger Verhöre die Frage, ob die Regierung von seinem Beginnen Kenntnis gehabt habe, nicht mit Nein zu beantworten geneigt war. Die Verantwortung trifft vor allem den Ministerpräsidenten. Sie trifft in zweiter Linie den Minister des Innern und den Staatssekretär Pronay, für die Art, wie die Reaktivierung und Pensionierung des Janosich erfolgt ist, den Honvedminister und für die Leitung der Untersuchung seit dem 5. Jänner 1926 den Justizminister. Jahre hindurch war es möglich, daß eine geheime Gesellschaft unbehelligt sich mit dem Plan von Frankfälschungen besahe. Mehr als ein Jahr lang konnte sie im staatlichen Kryptographischen Institut unter dem Schutze des Polizeichefs geradezu öffentlich falsche Notizen erzeugen.

Die Regierung, unter der das geschah, kann nicht auf ihrem Platze bleiben. Diese Regierung kann die Erhebungen in dieser Angelegenheit nicht weiterführen; sie kann die Anklage nicht weiter vertreten. Dieser Aufgabe kann sich nur eine nicht interessierte Regierung unterziehen; nur eine solche ist zur restlosen Aufhellung der Wahrheit befähigt.

Jedes Wort eine Lüge.

Was die Mehrheit der Welt eintreden möchte.

Budapest, 24. Feber. (Amtlich.) Der der Nationalversammlung heute vorgelegte Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Frankfälschungssache kommt hinsichtlich der politischen Beurteilung des Verbrechens zu folgendem Resümee:

Nach gründlicher und gewissenhafter Prüfung und Erwägung des zur Verfügung stehenden Materials hat der Ausschuh festgestellt:

1) Der Idee des Verbrechens, seiner Anregung, Unterstützung und Deckung standen sowohl die Regierung sowie alle Mitglieder der Nationalversammlung fern.

2) Nach Ausbedung des Verbrechens nahmen der Ministerpräsident und die Regierung alle Mittel in Anspruch, um die Strafangelegenheit in jeder Richtung aufzuhalten und die Täter und Teilnehmer vor das zuständige Gericht zu stellen.

3) Im Zusammenhange mit der Verübung des Verbrechens traten in Bezug auf die Vorbereitung, Behinderung sowie Feststellung der Person der Täter und Teilnehmer keinerlei Erscheinungen auf, aus denen die politische Verantwortung irgend eines Mitgliedes der Regierung festgesetzt werden könnte, sei es infolge einer tatsächlichen Verfügung oder einer Unterlassung der rechtzeitigen Vornahme der notwendigen Maßnahmen. Der Ausschuh in dieser Angelegenheit keinerlei Notwendigkeit zu weiteren Maßnahmen erblickt, wird beantragt: Die Nationalversammlung wolle den Ausschuhbericht billigen und zur Kenntnis nehmen und das Verfahren des Ausschusses als beendet betrachten.

Verbandstag der deutschen Kleinbauern und Husler.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen begrüßte am Sonntag früh Genosse Vizeburgmeister P a h e l t - T u r n die Delegierten im Auftrage der sozialdemokratischen Bezirksorganisation T e p l i h . Hierauf referierte, wie schon in dem vorhergehenden Berichte erwähnt wurde, Genosse A f s a m i t über die Einführung einer allgemeinen Haftpflichtversicherung. Die diesbezüglich vom Verbandsvorstand erstatteten Anträge fanden einhellige Zustimmung.

Sodann erstattete Genosse Abgeordneter S c h w e i c h h a r t sein Referat über

die nächsten Aufgaben des Verbandes.

Einleitend schilderte der Referent die große g e i s t l i c h e Aufgabe, die der freien Kleinbauernbewegung gestellt ist. Es gilt auf dem Lande die geistige Rückständigkeit und Trägheit der Bevölkerung zu überwinden und an Stelle der alteingesessenen Jochacht ein neues Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Schicksalsverbundenheit aller arbeitenden Menschen zu verpflanzen. Die Gründung des Verbandes der Kleinbauern und Husler war eine Grotat, seine sachlichen Leistungen müssen auch die Gegner anerkennen. Die Bedeutung der Kleinlandwirtschaft ist überall im Wachsen. Damit wird automatisch eine selbstständige Bewegung der Kleinlandwirte wachgerufen und gestärkt, was wir nicht nur bei uns, sondern auch in Deutschland und Oesterreich beobachten können. Wir haben bereits eine Reihe von Positionen besetzt und müssen sie weiter ausbauen. Im ganzen Verbandsgebiet werden wir in der nächsten Zeit eine g r o s t z u g i g e Werbeaktion einleiten, zu der Redner die nötigen Anleitungen gab. — Im weiteren Verlauf seines Referates zeigte Genosse S c h w e i c h h a r t an verschiedenen Beispielen auf, welche ungeheures Interesse die Kleinlandwirte an der Gesetzgebung haben. Die Bodenreform, die Steuerreform, die Zollfrage, die Jagdfrage und die Entwicklung der Sozialversicherung, müssen unsere stärkste Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Wichtig ist, daß unsere Vertrauensmänner in die Steuerkommissionen Einzug halten können. Bei Besprechung des geplanten Kommissionsgesetzes stellte der Redner fest, daß wir jeden Schritt zur Produktionsförderung in der Landwirtschaft freudig begrüßen, aber den Mißbrauch dieses Gesetzes zu Fischerei zwecken entschieden bekämpfen werden. Wie auf wirtschaftlichem Gebiete muß auch unsere Bewegung in kulturellen Fragen bahnbrechend wirken. Die Erfindungen der Neuzeit, wie z. B. das Radio, eröffnen Möglichkeiten zur Schaffung einer neuen Landvolkkultur. Gegenüber der Politik der Landbundler, die sich als die berufenen Vertreter des Landvolkes ausgeben, obwohl sie durch ihre Verbindung mit den Gewerbetreibenden und Ungarn schon längst eine internationale Partei der Besitzklasse geworden sind, wollen wir durch unsere aufopfernde Arbeit und Pflichterfüllung die Gefolgschaft der Massen des arbeitenden Landvolkes erringen. (Lebhafte Beifall.)

Als nächster Referent behandelte Verbandsobmann Abgeordneter V e i b l

die Bodenreform

und schilderte das Mythenium, dem die deutschen Kleinlandwirte bei der Durchführung dieser Aktion ausgefetzt sind. Die Maßnahmen des Bodenamtes tragen vielfach rein nationalistischen Charakter. Den langjährigen Kleinpachtern

nimmt man ihre Pachtgrunden weg, während gleichzeitig tschechische Kolonisten in das deutsche Gebiet gezogen werden. Die Raubzugeselle über die Bodenreform lassen Spielraum für unerhörte Willkurakte offen. Wenn jedoch die Beamten des Bodenamtes einmal dem Gesetze Rechnung tragen wollen, sind sie gegenüber den geheimen Einflüssen der Tschechisierungsvereine ohnmächtig. So kommt es, daß die Gesetze nicht respektiert, gegebene Zusagen nicht gehalten, überreichte Refurte nicht erledigt werden. Handelt es sich um die Zuteilung von Grogrundbesitzen in den deutschen Gebieten, so werden vielfach keine amtlichen Kundmachungen ausgegeben und auch keine Beratungsausschusse gebildet. Daß die Bodenreform so durchgeführt wird, dafur tragen die Deutschburglichen und auch die Großgrundbesitzer ein großes Schuld. Bis zum letzten Augenblicke wurde den deutschen Bodenbesitzern nicht einmal ein Stück Baugrund verkauft und jetzt bergleihen die Herren Kolonisten darüber, daß deutsche Boden in tschechische Hände fällt. Als Beispiel für die feindselige Haltung der deutschen Agrarier gegenüber den Kleinlandwirten in dieser Angelegenheit führte der Referent den Vorgang bei der Gründung einer Weidengenossenschaft in E s c h e l i n (Westbohmen) an. Dort wurden die Anteile von 200 auf 1000 Kronen hinaufgesetzt, damit man die Kleinen von der Beteiligung ausschließen konnte. Auch wird die Durchführung des Gesetzes über das Gemeindegut von den Landbundlern überall sabotiert. Die wirtschaftliche Stärkung der kleinen Landwirte betrachten sie als eine Gefahr für ihre politische Vorherrschaft auf dem Lande. Redner kam sodann noch auf das geplante Kommissionsgesetz zu sprechen. Wenn bei der Kommission die Methoden der Bodenreform angewendet werden, dann ween die deutschen Kleinlandwirten und dem deutschen Volke. Nur eine starke, michtige Organisation kann die Interessen der Kleinlandwirte und Husler wirksam vertreten und sie vor den großen Schäden bewahren, die in Zukunft drohen. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte.

In der an die beiden Referate anschließenden Debatte besprach zuerst E y d l i k landwirtschaftliche Bildungsfragen und führte Beschwerde über die ungerechte Durchführung der Bodenreform in Südmähren. M h n a t i l - T u s c h l a u brachte ebenfalls begründete Beschwerden über die Durchführung der Bodenreform vor. F  o r k l e r - P e t s c h a u verwies auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Agrarumwalzung in der Tschechoslowakei, die leider von der Landbevölkerung noch immer nicht voll erkannt wird. F u r i s - T u s c h o r s c h i j behandelte die Fragen der wirtschaftlichen Arbeit in den Ortsgruppen und klagte gleichfalls über die Zurücksetzung der Kleinlandwirte bei der Bodenreform im Saazer Land. Sodann ergriff der amwesende Gast Sekretär Genosse P e t r i k das Wort und führte aus, daß auch die tschechischen Kleinlandwirte bei der Bodenreform vielfach benachteiligt werden. Die von den tschechischen Agrariern protegierten Restgutsbesitzer wehren sich gegen die Bodenbergabe an Kleinlandwirte und rufen dabei oft die verschiedenen Narodni jednotas zu Hilfe. Bei der bevorstehenden Umwandlung des Bodenamtes in ein Amt für agrarische Operationen müssen auch die Kleinlandwirte eine gehörende Vertretung finden. Bezüglich der Steuerreform vertrat Genosse P e t r i k den Vorschlag, daß eine Abstuung der Grundsteuer zwischen Groß- und Kleinbesitz erfolgen soll und daß auch eine neue Abstuhung der Bonitätsklassen erfolgt. Die Ausführungen des Genossen P e t r i k , der dabei offen zum Ausdruck brachte, daß er auch die Sorgen

der deutschen Kleinlandwirte zu würdigen weiß, machten auf die Tagung einen vorzüglichen Eindruck. Sie waren die beste Begründung für die vom Referenten Schweichhart und von mehreren Debatteern ausgesprochene Forderung, daß ein engeres Zusammenarbeiten mit der Organisation der tschechischen Kleinlandwirte und Husler angestrebt werden möge. Als folgender Redner besprach Genosse J a k s c h die Bedeutung unserer Landpresse und forderte zu reger Arbeit für die Verbreitung des „Landvolk“ auf. Für die geplante Werbeaktion sicherte er die volle Unterstützung der Partei zu, mit welcher auch in den lokalen Organisationen, Ortsgruppen und Bezirksverbanden, ein inniges Zusammenarbeiten gesucht werden soll. Genosse S c h m i d t besprach die geistigen Aufgaben der Bewegung, die auch auf dem Lande das sozialistische Bewußtsein verankern soll. T i e h e begrüßte die freundschaftlichen Ausführungen des Genossen P e t r i k , führte aber darüber Klage, daß viele deutsche Kleingrundbesitzer das Opfer der tschechisch-nationalen Abkamuit geworden sind. Es folgten dann die Schlussworte der Referenten.

Neuwahlen.

Nach der Mittagspause erstattete die Mandatspruungs- und Wahlkommission ihre Vorschlags-

Es wurden vorgeschlagen und vom Verbandstage einstimmig gewählt: Abgeordneter V e i b l als Verbandsobmann, Adolf F  o r k l e r - P e t s c h a u und Abgeordneter S c h w e i c h h a r t als Stellvertreter, S c h r e y e r - H a i s e n a u , J e n k e r - J e b u s , F e r t h e n - B i e l a , M a r z e l - T u s c h o r s c h i j , E y d l i k - P r o b i j , M  o s c h - G r a s s e t h , K n o b l - L u n o l a , N a d l e r - S c h w a n als Vorstandsmitglieder. E r s a y : E i g n e r - B r a u e r s b r u n n , M i c h e l - B o r z d o r f , W a b r a - G r oë - T s c h e r n i j , F e i t r a b e l - L i c h t n a u , A u f - s i c h t s r a t : T i e h e - K  o n i g s w a l d , F r i t s c h - B i s c h o w i j , B i j - V e r n a u , B i l w a c h s - S c h i n g , J u r i s - T u s c h o r s c h i j , W a l t e r - P e t s c h i j , P a g - H o c h d o b e r n , S c h i e b e r i c h : D  u r c h s c h m i e d - W o r a t s c h e n , A l e x a n d e r - E u l a n , J a s c h k e - F i s c h l o w i j , M h n a t i l - T u s c h l a u , S a l o m e - W e i s s l i c h e n . A u f dem Verbandstage waren insgesamt 62 Delegierte anwesend.

Nach Erledigung der Tagesordnung wurde der Verbandstag mit einem außerordentlichen Schlußwort des Genossen F  o r k l e r geschlossen. Seine Beratungen haben gezeigt, daß der von den Agrariern schon so oft tadelte rote Kleinbauernverband von rustigem Leben und jahem Kampfesgeist erfüllt ist. Die freie Kleinbauernbewegung wird ihren Gegnern nicht so bald den Gefallen tun, zu sterben, sondern die Rustel zu weiterem, unaufhaltsamem Aufstieg.

Die Staatsverträge mit Polen.

Debatte im Auenausschu. — Genosse Dr. C z e c h über die Notwendigkeit eines internationalen Minderheitenrechtes und gegen die Unterdrückung der polnischen Minderheiten.

Prag, 24. Feber. Heute fand eine Sitzung des Auwartigen Ausschusses statt, die sich mit einer Reihe von Staatsverträgen zu beschäftigen hatte, von denen die polnischen Verträge die bedeutsamsten waren. Die Beratung der polnischen Staatsverträge leitete der Abg. P r o k e s (tsch. Soz.-Dem.) mit einem längeren Referate über den polnisch-tschechischen Grenzverkehr ein. Au dieses Referat knüpfte sich eine Aussprache, an der die Abgeordneten D r . C z e c h , K r e i b i c h , S t a l l i n a und Z i e r h u t teilnahmen.

Genosse Dr. C z e c h

verwies darauf, daß der Vertrag betreffend den Grenzverkehr mit Polen ein Bestandteil des großen Vertragskomplexes sei, den im April 1925 Venedig in Warschau persönlich abgeschlossen habe und der alles in allem 11 Verträge umfasse, die im polnischen Sejm bereits verhandelt und ratifiziert wurden, während das tschechoslowakische Parlament sich bisher mit ihnen noch nicht beschäftigt habe. Auch jetzt seien aus dem gesamten Komplex bloß zwei Verträge herausgegriffen worden. Besonders bedauerlich müsse es werden, wenn das Schicksal des Handelsvertrages noch völlig im Unklaren liege. Redner verlangt daher einen den ganzen Vertragskomplex umfassenden Bericht des Anklamministeriums und spricht sich zum Schlusse für eine Zusammenarbeit der beiden Länder aus, die vom Standpunkte der beiderseitigen Bevölkerung, vor allem aber der arbeitenden Bevölkerung, dringend notwendig sei.

Der Vorsitzende führte sodann die Abstimmung über die Vorlage betreffend den polnisch-tschechischen Grenzverkehr durch und stellt die Annahme derselben durch die Mehrheit des Ausschusses fest.

Als zweite Vorlage gelangt

der polnisch-tschechische Liquidationsvertrag

zur Verhandlung, der sich mit einer ganzen Reihe schwebender politischer und finanzieller Fragen

beschäftigt und in diesem Zusammenhange die zwischen den beiden Ländern strittigen Fragen der Staatsbürgerschaft, der Strafjustiz und der nationalen Minderheitsverhaltnisse feststellt. Nach einem ausführlichen Referate des Abg. P r o k e s kamen die Abg. K r e i b i c h , K r a m a t z , und sodann Genosse D r . C z e c h zum Worte, der nach einer kurzen Polonik mit dem Berichterstatter auf die Kompliziertheit dieses Vertrages hinweist, der sich ohne jegliche Unterlagen und Materialien absolut nicht richtig beurteilen läst, weshalb sich unsere Partei die Stellungnahme zum Vertrage für die Verhandlung im Klubplenum vorbehalten.

Zum Meritum des Vertrages erklärt der Redner: Der Liquidationsvertrag regelt die einschlagigen Rechtsverhältnisse in durchaus unbefriedigender Weise. Dies zeigt sich schon bei den unklaren und komplizierten Bestimmungen über die Lösung der schwebenden Staatsburgerschaftsfragen, die insbesondere in den Reichen der polnischen Arbeiter und Angestellten die grote Unzufriedenheit ausgelöst haben. Dies ist umso bedauerlicher, als es sich hier um wichtige Fragen materieller Natur handle, die zu wahren Existenz- und Schicksalsfragen der polnischen Arbeiterschaft werden. Die auch nach dem Vertragsabschluss im polnischen Gebiet zutage tretende Häufung der Beschwerden ist ein Beweis für die Unzulänglichkeit der getroffenen Regelung.

Von besonderer Bedeutung sind

die Vertragsbestimmungen, die eine Lösung der Minderheitsfrage im Verhältnis der Tschechoslowakei und Polen versuchen.

Um diese Bestimmungen richtig beurteilen zu können, müsse man sie mit den analogen Bestimmungen des Brünner Vertrages vergleichen, welcher den Minderheitenschutz der Tschechen in Oesterreich und der Oesterreicher in der Tschechoslowakei betrifft. Es zeige sich bei der Gegenüberstellung der beiden Verträge, daß in beiden

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1925.

Die Goldwahler am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

56 von Emil Droonberg.

E s c h e r reichte den Brief Evans. „Lesen Sie.“ Evans tat es.

Als er zu Ende war, schüttelte er den Kopf. „Ich kann nicht daran glauben.“ Murphy hat die Handschrift des Mädchens in seinen Akten, konnte sie also leicht nachahmen.“

„So halten Sie den Brief für eine Fälschung?“

„Es kann nicht anders sein, denn Pat Malony ist tot. Aber ich gebe zu, die Sache ist geschieht eingefädelt und habe Sie wohl ganz sicher den Gaunern für ein paar Monate aus dem Wege geschafft, wenn ich den Brief nicht zufällig zu Gesicht bekommen hätte.“

„Sind die Jasper Mountains so weit?“

„Sie liegen im Norden, mit ein paar Strichen West von hier. Die Reise würde wenigstens vier Wochen in Anspruch genommen haben. Und wenn Sie dort dann entdekt hätten, daß sie auf einen Eid hereingefallen waren, so hätten Sie die gleiche Zeit zu Ihrer Rückreise gebraucht.“

„Sie sind also fest davon überzeugt, daß es sich um eine Fälschung handelt?“ wiederholte E s c h e r seine vorige Frage, indem er vor Aufregung schliefte.

„Glauben Sie, daß ein Mädchen, wie M i c h Malony, einen Brief auf so verwickelten Wege senden würde, wo ihr die Beförderung durch die Post viel größere Sicherheit bot? Die Erklärungen sollen nur den Poststempel Dawson glaub-

haft machen. Murphy hat sich das große Mühe kosten lassen.“

„Aber wenn er den Brief geschrieben hat, dann war es doch sehr unvorsichtig, daß er darauf bemerkte: nach zwanzig Tagen an M i c h Malony zurück“, auerte E s c h e r einen letzten Zweifel.

„Untersuchen Sie Murphy nicht“, entgegnete Evans, indem er sich mit den Fingern durch sein dichtes Haar fuhr. „Wenn der etwas tut, das wie eine Unvorsichtigkeit ausschaut, so hat er sicher ganz bestimmte Gründe dazu und es geschieht, um einem noch größeren Risiko damit aus dem Wege zu gehen. In diesem Falle sind seine Gründe übrigens auch ganz klar. Er kennt Ihre Verbindung mit M i c h Malony. Der Brief an Sie ist Beweis dafur. Wir können daher auch mit Sicherheit annehmen, daß er Sie in Dawson hat beobachten lassen. Er wußte also, daß Sie hier auf meinem Claim sind und Briefe für Sie bei Gelegenheit von meinen Leuten mit herausgebracht werden würden. Daß es diesmal durch mich selbst geschehen würde, damit konnte er nicht rechnen und hoffentlich ahnt er auch nicht, daß es geschehen ist. Wohl aber mußte er damit rechnen, daß Sie nach zwanzig Tagen einen Brief von M i c h Malony mit natürlich ganz anderem Inhalt erhalten würden. Und er durfte es nicht darauf ankommen lassen, daß sein Brief so lange auf der Post in Dawson liegen blieb, bis er womöglich zugleich mit einem von M i c h Malony in Ihre Hände gelangte.“

„Er wäre dann aber in M i c h Malonys Hände gekommen und sie hätte die Fälschung entdeckt“, warf E s c h e r ein.

„Dafur war sicher auch gesorgt. Nichts ist leichter für die Gesellschaft, als jemand nach Fort Yukon zu senden und dort von Zeit zu Zeit nach Briefen für M i c h Malony auf der Post nachfragen zu lassen.“

„Bedenken Sie nun etwas in der Sache zu tun?“

„Glauben Sie etwa, ich habe den Claim für diese Gaunerverbande belegt?“ fragte Evans zurück, und in seine Augen kam ein stahlharter Blick. „Nein?“ — Gut. Wenn den Burschen aber die Leute, die sie wohl schon in ihrem Besitz zu haben glauben, noch aus den Händen gerissen werden soll, dann haben wir zu beweisen, daß die Frauensperson, die mit ihnen im Bunde ist, wer immer sie sonst sein mag, jedenfalls nicht Eileen Malony, die Erbin Pat Malonys ist. Und das können wir nicht, ohne daß wir die richtige Eileen Malony ihr gegenüberstellen. — Kann ich auf Ihre Hilfe rechnen?“

„Unbedingt.“

„Well, dann helfen Sie mir zuerst, M i c h Malony herbeischaffen. Ich fürchte aber, das wird ein schwieriger Job werden, denn wir dürfen sicher sein, daß auch M i c h Malony einen Brief erhalten hat, ohne zu ahnen, daß er eine Fälschung ist.“

„Was meinen Sie, daß ich tun soll?“

„So schnell wie möglich nach Fort Yukon fahren. Sollte M i c h Malony nicht mehr dort sein, müssen Sie ihren Aufenthalt ausfindig machen und ihr nachreifen.“

„Das wird nicht so schwierig sein. Ich kenne die Leute, mit denen sie gereist ist. Sie hat sich gewiß nicht von ihnen getrennt, ohne zu sagen, wohin sie geht.“

„Die Hauptsache ist, daß die Bande keinen Verdacht schupft. Ich denke, sie werden schon morgen oder übermorgen mit den Vertretern der Gesellschaft, mit der sie wegen des Verkaufs des Claims unterhandelt, hierherkommen. Machen Sie sich fertig, denn Sie müssen sofort aufbrechen. Wir haben keine Stunde zu verfaumen. Sie können mein Kanu nehmen und ausreichenden Proviant bis nach Dawson. Dort wenden Sie sich an meinen Vertreter, der für das Weitere sorgen wird. Mein Bootsteuerer wird Sie be-

gleiten; er kennt jede gefährliche Stelle im Klondike. Ich fahre später mit dem Lastboote zurück, das ohnehin ziemlich leer geht. — Ihren Arbeitskollegen draußen sagen Sie, ein Freund habe Ihnen von einem neuen großen Goldfunde Mitteilung gemacht und Sie hätten Ihren Job bei mir aufgegeben, um sich einen Claim zu sichern. Dabei deuten Sie an, daß Sie nördlich gehen und nur die Gelegenheit der Rückkehr des Dalblutes nach Dawson benutzen, um ein paar Meilen stromabwärts auf besseren Weg zu stoßen. Von unsern Leuten werden es die Leute auf der Blaunen-Mond-Mine erfahren. Das wird die Bande sicher machen, wenn sie hier ankommt; denn natürlich werden sie sich nach Ihnen umsehen und in irgendeiner unverdächtigen Weise Nachfrage nach Ihnen halten. Auf dem Flusse werden Sie am besten so lange nur während der Nacht fahren und sich am Tage verborgen halten, bis Sie sicher sind, daß die Gauner an Ihnen vorbeigekommen sind, denn man darf Sie nicht auf dem Wege nach Dawson sehen.“

Dem Halbblut werde ich Weisung geben, sich nach Ihren Anordnungen zu richten. — Einen Augenblick noch“, hielt er E s c h e r zurück, als dieser sich von seinem Platze erhob, um die Hütte zu verlassen. „Sie werden Geld nötig haben.“

Er zog sein Scheckbuch aus der Tasche und begann zu schreiben. Dann riß er das Blatt aus dem Heft und reichte es E s c h e r.

„Hier sind fünfhundert Dollars. Das wird reichen.“

Das alles war mit Klarheit und ohne alles Schwanken und Zögern gesagt, wie man es nur von einem Manne erwarten kann, der gewohnt ist, die wichtigsten Entscheidungen im Augenblicke zu treffen und das als Teil seiner gewöhnlichen Tagesarbeit zu betrachten.

(Fortsetzung folgt.)

Kommunisten für den Lohnabzug.

Kommunistische Arbeiter, verlangt von Eueren Führern Aufklärung!

Die Aktion, welche die Kommunisten unfählich der Eintreibung der rückständigen Einkommensteuer der Arbeiter unternommen haben, ist in einer Weise zusammengebrochen, welche die ganze Unfähigkeit der kommunistischen Taktik an den Tag bringt. In einer Menge von Versammlungen haben kommunistische Redner die Arbeiter aufgefordert, nicht einen Heller an rückständiger Einkommensteuer zu bezahlen, die kommunistischen Redakteure haben sich die Finger an Artikeln wundgeschrieben, worin die „Reformisten“ beschuldigt wurden, daß sie für den Staat die Steuereintreiber seien — bis die Kladnoer kommunistischen Sekretäre auf alles Gerede und Beschreibe damit antworteten, daß sie mit dem dortigen Steueramt eine Vereinbarung trafen, in welcher sich die Arbeiter verpflichteten, sich während des ganzen Jahres 1926 28 Prozent vom Lohne abzuziehen zu lassen. Mit den Kladnoern haben die Kommunisten überhaupt Pech. Als die kommunistische Parteileitung seinerzeit beim Österricher Streit die Bergarbeiter der übrigen Reviere in flammenden Worten aufforderte, in den Solidaritätsstreik zu treten, sagten die Kladnoer, kühl bis ans Herz hinan, ab. Und nun durchkreuzen die Kladnoer wieder einmal die Pläne des Parteibüros und deden die Demagogie der eigenen Parteileitung auf. Der Reichsbauer „Vorwärts“ ist in der wenig beneideten Lage, in seiner Mittwochsausgabe unsere diesbezügliche Meldung bestätigen zu müssen. Er entschuldigt dies damit — man muß sich den Rauch halten — „alle Versuche, die Eintreibung der Steuern . . . zu

verhindern, vergebens blieben“. Wenn denselben Vertrag in Kladno die bösen Amsterdamer geschlossen hätten, was hätte da der „Vorwärts“ aufgeführt. Das Wort „Berrat“ wäre hundertmal wiederholt worden und die Vertreter der freien Gewerkschaften wären als die ärgsten Völschwärmer hingestellt worden. Nun aber haben die Kommunisten selbst in Kladno dem Steuerabzug zugestimmt und mit Einwilligung der kommunistischen Sekretäre ziehen die Kladnoer Kohlenmagnaten den Arbeitern die Steuern vom Lohne ab. Nach der Auffassung der Kommunisten empfindet der Arbeiter wahrscheinlich den Lohnabzug weniger, wenn ein kommunistischer Sekretär zustimmt, als wenn die Vereinbarung von Sozialdemokraten abgeschlossen wäre.

Am Schlusse jenes Artikels, worin der „Vorwärts“ die Richtigkeit unserer Meldung vom Lohnabzug in Kladno zugeben muß, vertritt er den „Kampf gegen die Eintreibung der rückständigen Steuern, für die Streichung derselben . . . mit aller Energie“ weiterzuführen. Den Arbeitern aber ist damit wenig gedient, wenn die Redakteure des „Vorwärts“ gegen die Zahlung von Steuern sind, die kommunistischen Sekretäre den Arbeitern das Geld aus der Tasche ziehen.

Die kommunistischen Arbeiter aber mögen an die Referenten in ihren Versammlungen die Anfrage stellen, wie kommunistische Sekretäre das tun können, was von kommunistischen Redakteuren als die ärgste Lumperei hingestellt wird.

gekommen, erst später, als er schon in der Tschechoslowakei war, Brigadier an 133. Stelle geworden war, hier, in der Tschechoslowakei, unter dem Titel eines Divisionärs — Generalstabchef spielen sollte. Mittelhauser sei zwar ein Divisionskommandant von vorbildlicher Qualität, aber nichts weniger als ein oberster Heerführer, initiatoriver Chef und Erster des Offizierkorps. Es sei von den entscheidenden Stellen im Staat ein Experiment gewesen, Mittelhauser, der nicht die nötigen Eigenschaften für das Amt mitbrachte, das man ihm anvertraute, auf einen solchen Posten zu stellen, auf dem er denn auch nicht alles für die tschechische Wehrmacht Nütze erfüllt hätte, woraus sich nun die bestehenden Schwierigkeiten in der Tätigkeit der Militärverwaltung und die derzeitige Krise der Wehrmacht erklärt. Dafür sei die jetzt akute Frage der Präzisionsdauer symptomatisch. Abhilfe late dringend notwendig, damit die 2000 Millionen Kronen jährlich kosten, am Schicksalstage ihre schwere Aufgabe mit Erfolg erfüllen kann.

„Wir bringen diesen aus dem Organ der tschechischen Agrarier „Venok“ entnommenen Bericht in der Hoffnung, daß es der gemeinsamen Arbeit der deutschen und tschechischen Agrarier gelingen wird, feste Getreidezölle und Einfuhrzölle zu erreichen.“

Gemeinsame Arbeiter der deutschen und tschechischen . . . Wie wird uns da? Ist das nicht Volksverrat? Gibt es denn überhaupt für „deutschbewußte“ Männer ein Zusammenarbeiten mit dem „nationalen Gegner“? So, dieses Zusammenarbeiten gibt es schon lange, und es ist pharisäisch von den Herrschaften, erst danach zu verlangen. Gemeinsamer Kampf deutscher und tschechischer Arbeiter gegen die Zuckerzölle, gegen die Anshungern und Verelendung des Proletariates durch Soehla und Windisch, das wäre marxistischer Volksverrat. Aber gemeinsamer Kampf der Landwähler mit Soehla, der die deutschen Schulen sperrt, der die deutschen Beamten auf Pfosten wirft, der die Existenzgrundlagen des deutschen Proletariats untergräbt, das ist nichts, das ist nur ein harmloses Zusammenarbeiten in wirtschaftlichen Fragen. Das wahre Gesicht der bürgerlichen Politik wäre freilich schon längst auch all denen klar, die heute den bürgerlichen Parteien noch nachlaufen, wenn nicht eine Macht die Verwandtschaft Soehlas und Hodlas mit Windisch und Wauer immer wieder verleiert. Die tschechische Sozialdemokratie tut gut daran, über Jadinás und Simerás Wünsche einmal gründlich nachzudenken.

Also, das „oppositionelle“ tschechische Blatt, das sonderbarerweise erst nach dem Abschied Mittelhausers, dessen fünf Jahre lang jutage getretene Schönheitsfehler erndet. Bisher hat man das Volk bei jeder Gelegenheit im Glanze der französischen Sonne spazieren geführt, die ihre besten Strahlen — Strahl Bellá, Strahl Mittelhauser — in die Tschechoslowakei sandte. Wir haben auf die Macht mit den französischen Kommando- und Instruktionsoffizieren oft genug hingewiesen und könnten uns jetzt der Plamage mit dem Mittelhauser aufrichtig freuen, wenn dieser lächerliche Franzosenpomp nicht schon Millionen verschlingen hätte und trotz der Erfahrungen mit dem mittelmäßigen Mittelhauser wohl auch noch weiter verschlingen wird. Denn die günstigste Wirkung, die die „oppositionellen“ „Ridove Roviny“ mit ihrem Raderen erzielen könnten, wäre bei den herrschenden Zuständen doch die, daß man für bessere Lehrmeister noch mehr Geld hinauswirft.

Trotz der patriotischen Absichten der „Ridove Roviny“, die mit Rücksicht auf den etwa kommenden Schicksalstag der tschechischen Armee und auf die Krise der tschechischen Wehrmacht ja von tiefster Sorge um die weitere Entwicklung des tschechischen Militarismus erfüllt sind, sind wir für diese Aufstellungen (die von deutscher Seite natürlich Beweise gefährlichster Trevedna und Hochverrats wären) überaus dankbar: denn sie zeigen der Arbeiterschaft, wohin ihre Kreuze verpuffen, vergebend sogar zum Teil vom Standpunkt des tschechischen Nationalismus, Militarismus und Imperialismus, zeigen weiter, daß es der Unfähigkeit der Regierenden selbst auf militärischem Gebiete zuzuschreiben ist, wenn nicht einmal die verfassungsmäßige Verabschiedung der Dienstzeit erfolgt, und zeigen schließlich und hauptsächlich, wie man in der Tschechoslowakei in der Zeit der Abwärtsbestrebungen um den weiteren Ausbau und die Verwirklichung des Militarismus besorgt ist.

Der mittelmäßige Mittelhauser.
Ein besonderes Kapitel des tschechoslowakischen Militarismus.

Vor kurzem hat der französische General Mittelhauser seinen Abschied von der Tschechoslowakei genommen und ist in seine Heimat zurückgekehrt. Das läßt uns zwar herzlich gleichgültig, weil wir Monsieur Mittelhauser immer sehr ohne Interesse gegenüberstanden und die deutsche Arbeiterschaft sich einen Pfifferling darum schert, wer von den Franzosen die militärische Erziehung des tschechischen Staates besorgt. Immerhin aber fiel es auf, daß der Mann, der durch fünf Jahre die Rolle eines Generalstabschefs in der tschechischen Armee spielte, und den man, als dem ersten weiß-blau-roten Feldherrn in jeder Bilderbeilage der offiziellen und offiziellen Presse begehrte, plötzlich den tschechischen Regener niedersetzte. Nun, wie das so gekommen sein mag, erzählt man jetzt aus dem mit Respekt zu sagen oppositionellen „Ridove Roviny“, die dem abgegangenen Mittelhauser einen für tschechische Patrioten sehr wenig erfreulichen Nachruf widmen. Danach war man in Militärkreisen in der Mittelhauser, dessen militärische Verdienste in der Slowakei im Jahre 1919 deswegen nicht gelagert werden, von Anfang an als Generalstabschef nicht zufrieden. Es machte sich schwer fühlbar, daß Mittelhauser, der nur als Oberst aus Frankreich

Die unentwegteten Kämpfer für die deutsche Nation,

die stets mit schlecht gespielter Entrüstung über die marxistischen Volksverräter den Stab brechen, weil sie verrannt sind in das „Phantom“ einer internationalen Zusammenarbeit mit den Proletariaten aller Länder, die Deutschesten der Deutschen, die sind befamntlich die deutschen Agrarier. Es ist noch nicht gar zu lange her, daß die patriotischen Erhalter der deutschen Scholle das Haus „Cietra“ in Prag an die Tschechen verschert haben, es ist erst einige Monate her, daß der Herr Simerer offen ausgesprochen hat, die Landwähler müßten in die Regierung Svehla eintreten. Jetzt legt der im Gegensatz zu anderen Führern des „Bundes der Landwirte“ bemerkenswert aufrichtige Herr

Rundfunk für Alle!

Seule deutsche Arbeiterfendung! Um 18.30 Uhr spricht heute im Radio Genosse Ernst Paul über: „Die deutsche Arbeiterdichtung in der Tschechoslowakei“. Die Sendung erfolgt auf Welle 368.

Regierungsvorlage wurden sämtliche von den Mehrheitsparteien abgelehnt.

Ueber die Regierungsvorlagen betreffend die römischen und Wiener Vereinbarungen der Nachfolgestaaten betreffend

die Uebernahme der aktiven und pensionierten Staatsbediensteten

referierte Abgeordneter Eirik (Merikaler). Zu den beiden Vorträgen legte Genosse Taub den Standpunkt unseres Klubs dar und bemängelte insbesondere die Verschleppungstaktik der Regierung auch in dieser Frage. Bei der Abstimmung wurden die beiden Regierungsvorlagen betreffend den römischen und Wiener Vertrag angenommen.

Rundmehr gelangte der Ausschuss zur Verhandlung der Regierungsvorlagen über die Regelung der Bezüge und Dienstverhältnisse der Staatsbediensteten

und der Bediensteten der staatlichen Unternehmungen sowie der Lehrer und Distriktsärzte. Das Referat erstattete der tschechische Agrarier Malik. Er hebt die wichtigsten Grundzüge dieser Gesetzesvorlage hervor und verweist darauf, daß es die Schuld der verschiedenen Staatsangestelltenorganisationen sei, die in ihrer Rivalität die Behandlung der Vorlage solange verzögert haben. Nach ihm legte der Finanzminister Dr. Englis den Standpunkt der Finanzverwaltung und der Regierung in der Bedeckungsfrage dar. Unsere Genossen Taub und Grünzner stellten den Antrag, daß auch der Minister des Innern dem sozialpolitischen Ausschuss einen Bericht über den Standpunkt des von ihm verwalteten Ressorts erstatten möge. Diesem Verlangen soll in der nächsten Sitzung entsprochen werden. Der Ausschuss wird morgen um halb 10 Uhr die Verhandlungen der Staatsbedienstetenvorlage fortsetzen.

Vor der Verstaatlichung der Grenzwälder.

Die schon früher angekündigte Verstaatlichung der Grenzwälder soll nun im Herbst durchgeführt werden. Selbst in tschechischen Kreisen glaubte man ehemals, daß zu dieser Aktion ein eigenes Gesetz notwendig sein werde, weil die bisherigen Gesetze über die Bodenreform nicht die Möglichkeit bieten, die gesamten Grenzwälder in die Hände des Staates überzuführen. Aber die Achtung vor den bestehenden Gesetzen ist hierzulande so gering, daß man eine so durchgreifende Maßnahme, wie die Verstaatlichung der Grenzwälder, auch ohne die feste gesetzliche Grundlage durchführen wird. Ob mit der Verstaatlichung eine Fortbewirtschaftung verbunden sein wird, welche auf die Interessen der Bevölkerung der Waldgebiete die gebührende Rücksicht nehmen wird, ist nach allen bitteren Erfahrungen, welche die arbeitenden Klassen, insbesondere der deutschen Bevölkerung, bei der Bodenreform machen konnten, mehr als zweifelhaft. Die staatliche Verwaltung der Forste wird vor allem die Tschechisierung fördern und die deutsche Bevölkerung abermals benachteiligen. Eine wirklich sozial gerechte Bodenreform müßte die Wälder der Bevölkerung der Waldgebiete in Obhut geben, was die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Bodenreformprogramm auch gefordert hat. Durch die Verstaatlichung der Wälder aber wird der Zweck der Bodenreform, die diesen Namen verdienen würde — Rückgabe der Wälder an das Volk, dem sie vom Adel geraubt worden sind — nicht erfüllt.

Christliche Nächstenliebe, wo sie nicht am Plage ist. Die christlichen Blätter bringen ausführlich die Rede des „deutschen Priesters“ Fejerváry zur ungarischen Falscheraffäre. Der Priester der streitenden Kirche, der den politischen Gegnern so gern den unerbittlichen und streitbaren Charakter des Katholizismus zeigt, deutet über die ungarische Falscheraffäre den Mantel der christlichen Nächstenliebe. Sein Beweisgang ist der alterproble mit dem zerbrochenen Topf: Christiens ist die Regierung unschuldig, zweitens müßten die Ungarn ja zu Fälschern werden und drittens haben die Tschechen auch so und soviel am Kerbholz. Er beklagt das ungarische Volk, das seit Monaten so hart leidet, während doch das ungarische Volk sich seit Jahren so wohl gefühlt hat wie seit dem Tag, da Windischgrätz und seine Gefährten ins Ältschen wanderten und sich die Aussicht auf einen baldigen Sturz der blutigen Horty-Bethlen-Regierung ergab. Die Freunde Ungarns „glauben an seine große Zukunft“, womit der Monksignore doch nur seinen Glauben an die Zukunft des Hortyregimes meint. Der Widerstand gegen die Fälschungen aber, die ganz Europa in Krieg und neue Krisen hätten stürzen können, ist für den Priester des Herrn nur „der Uebermut eines Parvenüs“. Es wäre nur zu wünschen, daß die Christlichsozialen auch in den öffentlichen Versammlungen vor ihren Wählern ihre Sympathien für die Fälscher kundtun. Es wäre doch interessant festzustellen, ob die Rentner, Bauern und Gewerbetreibenden, die Mittelständler und Beamten, die vor der Justiztion wie vor dem Weltgericht zittern und um ihre paar Kronen bangen, auch der Meinung sind, daß eine Entweltung des Geldes mit Dank hingenommen werden muß, bloß weil sie von dem christlichen Ungarn ausgeht?

Die Kriegsinvaliden- und die Staatsangestelltenvorlage im sozialpolitischen Ausschuss.

Prag, 24. Feber. Im sozialpolitischen Ausschuss referierte Abgeordneter Dubický über die Kriegsinvalidenvorlage.

In der Debatte nimmt Genosse Taub zu dieser Vorlage Stellung und kritisiert vor allem in scharfer Weise die lange Verzögerung und die auch jetzt noch mit dieser Vorlage beabsichtigte unvollständige Regelung der Zuweisungen an die Kriegsinvaliden. Er schildert in drastischen Worten das Elend der Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen, von denen viele Hunderte heute noch immer nicht zu ihren rechtmäßigen Ansprüchen kommen konnten. Insbesondere hebt er dabei die traurige Lage der Kriegsblinden hervor, deren Rechtsansprüche am meisten im argen liegen. Ebenso wendet er sich gegen die Herabsetzung des Existenzminimums auf 5000 Kronen und verlangt dessen Unbeschränktheit.

Während der Debatte kam es auch zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Kommunisten Dr. Stern und den Genossen Taub und Grünzner, die von Dr. Stern in unwilliger Weise zum Gaudium der Regierungsparteien provoziert worden war. Dr. Stern erhielt dabei von unseren beiden Genossen eine derartige Abfuhr, daß es ihm verging, nochmals zu entgegnet. Die von den Oppositionsparteien gestellten Zusatz- und Abänderungsanträge zur

Englands Standpunkt noch nicht festgelegt.

Die Erweiterung des Rates jedenfalls erst nach der Aufnahme Deutschlands spruchreif.

London, 24. Feber. (M.) Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Sir Austen Chamberlain erklärte heute im Unterhaus, die Regierung habe bisher darüber nicht beschloffen, welchen Standpunkt sie in der Frage der Vermehrung der ständigen Mitglieder des Völkerbundes, abgesehen von der Zulassung Deutschlands, einnehmen werde.

Zur gleichen Zeit gab Viscount Cecil im Oberhaus namentlich der Regierung über denselben Gegenstand eine wichtige Erklärung ab. Es geschah dies in Beantwortung einer Anfrage Lord Parmours. Cecil erklärte, er könne nicht mit der Ansicht übereinstimmen, daß es der Eintritt

Deutschlands in den Völkerbund wäre, welcher den Wunsch anderer Länder um die Aufnahme als ordentliche Mitglieder beschleunigt hätte. Diese Frage wurde vielmehr schon sehr lange sowohl in der Völkerbunderversammlung wie im Rate durchbesprochen.

Wie der Staatssekretär für Neuheres gestern in Birmingham erklärte, wurden diese Fragen lieber auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, weil man richtig das Gefühl hatte, daß der geeignete Zeitpunkt die Aufwertung der Frage wegen Zulassung weiterer Mitglieder zum Völkerbunde dann gekommen sei, das Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei.

Jemenörder und Innenminister.

Berlin, 24. Feber. (Eigenbericht.) Im Jemenausschuß des preussischen Landtages hat der konstituierende Abgeordnete Buch beantragt, die Beziehungen des Jemenörbers Schult zu dem ehemaligen deutsch-nationalen Innenminister Schiele zu untersuchen. Es wird behauptet, daß diese Beziehungen sehr eng gewesen seien. Schult sei nicht nur im Reichstag, sondern während der Amtszeit Schiales auch im Reichsinnenministerium ein- und ausgegangen und es habe nicht viel gefehlt, daß der Jemenörder im Reichsinnenministerium angestellt worden wäre.

Eine belgische Arbeiterwehr.

Brüssel, 24. Feber. (Eigenbericht.) Der Generalrat der sozialistischen Partei hat heute die Organisation bewaffneter Arbeiterbataillone beschlossen, um gegebenenfalls falsche Bewegungen abzuwehren zu können. Gleichzeitig ist mit Geldsammlungen für diesen Zweck begonnen worden.

Wie Deutschland seine nationalen Minderheiten behandelt

Der amtliche preussische Pressedienst teilte vor wenigen Tagen mit:

„Das preussische Staatsministerium hat durch besonderen Erlass der dänischen Minderheit in den Grenzorten der Provinz Schleswig-Holstein weitgehende Rechte auf dem Gebiet des Schulwesens gewährt. Bisher bestand nur in Flensburg eine öffentliche Volksschule mit dänischer Unterrichtssprache, ferner eine von der dänischen Minderheit unterhaltene Privatschule. Nunmehr soll das Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Volksschule in den Schulverbänden der Grenzorte Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Südtondern allgemein anerkannt werden, wenn die Erziehungsbehörden von wenigstens 24 schulpflichtigen Kindern einen dahingehenden Antrag stellen. Das Bedürfnis für die Errichtung privater Volksschulen für die dänische Minderheit soll bereits dann anerkannt werden, wenn ein entsprechender Antrag für zehn schulpflichtige Kinder gestellt wird. Für diese privaten Volksschulen werden staatliche Zuschüsse gewährt. In den Minderheitsorten soll der gesamte Unterricht in dänischer Sprache erteilt werden, Deutsch ist Unterrichtspflichtig. Im Lehrplan kann die Pflege dänischen Volkstums vorgesehen werden, die ihre Unterrichtsbefähigung in Dänemark erworben haben, während vor Anstellung der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen der Ehrerkenntnis zu dienen. Endlich steht es der Minderheit frei, Privatschulen einzurichten, die über das Ziel der Volksschule hinausgehen. Auch diesen Schulen können staatliche Zuschüsse wie den entsprechenden deutschen Privatschulen gewährt werden.

Als zur dänischen Minderheit gehörig kann nur gerechnet werden, wer in den genannten Grenzorten oder in Dänemark geboren ist oder von Eltern abstammt, bei denen einem Teil diese Voraussetzungen erfüllt sind. In Einzelfällen sind Ausnahmen von dieser Bedingung zulässig. Die in Schleswig-Holstein seit langem lebhaft umstrittene Frage, ob der dänischen Minderheit öffentliche oder private Schulen zu gewährt sein, ist sonach vom Staatsministerium unter Abwägung aller in Betracht kommenden innen- und außenpolitischen Gesichtspunkte und in Würdigung der Interessen der Minderheit dahin beantwortet, daß der Minderheit die volle kulturelle Freiheit eingeräumt ist, die eine oder die andere Schulart je nach den besonderen örtlichen Bedürfnissen zu wählen.

Dabei machen die Dänen etwa den 3.000sten Teil der Bevölkerung Deutschlands aus. Die Deutschen Südtiroler sind aber der 160ste Teil, die Sudetendeutschen ein Viertel der Staatsbevölkerung! Unsere Rechte aber machen einen Bruchteil dessen aus, was das Deutsche Reich den Dänen gewährt. Das ist eben das Prinzip der hölzeren Schweiz.

Die ukrainische Emigration.

Die Auslandsdelegation der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat zur Frage der Heimkehr der Emigranten folgende Resolution gefaßt:

Die revolutionäre Bewegung, die als Folge des Weltkrieges auf den ukrainischen Territorien in Erscheinung trat, stellte sich zur Aufgabe, nicht nur die sozialen, sondern auch die damit eng verknüpften nationalen Notwendigkeiten der breiten Massen des

ukrainischen Volkes einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Dem Kampfe um die nationale Befreiung lagen wieder die Bestrebungen um die Demokratie, um soziale und politische Befreiung der bedrückten Massen zugrunde. Deshalb hatte auch mit dem Ausbruche der Revolution der Befreiungskampf in der Ukraine einen ausgesprochenen nationalen Charakter. Nach 300jähriger nationaler Knechtung, die sich sozial und politisch auswirkte, vereinigten sich die Bauern, Arbeiter und die demokratische Intelligenz zu ihrer befreienden Tat unter der Losung der Selbstbestimmung und der Selbständigkeit der Ukraine.

Im Jahre 1918 entstand eine selbständige ukrainische Volksrepublik, die sich Territorien, die früher sowohl zu Rußland als auch zu Oesterreich-Ungarn angehörten, anschloß.

Gegen die ukrainische Volksrepublik traten Armeen der Bolschewiken, die Armeen Polens und der Entente auf, bis endlich die ukrainischen Territorien von den Bolschewiken, Polen und Rumänen okkupiert oder aufgeteilt wurden.

Die Sieger waren mit der Okkupation allein nicht zufrieden. Sie wendeten jähraus jährein immer neue Mittel des Terrors und der Verfolgung gegen die Teilnehmer an dem ukrainischen Befreiungskampfe an, währals Tausende von Ukrainern aus den okkupierten Territorien als politische Emigranten in der Fremde Zuflucht suchten und suchen.

Im Gegensatz zur russischen Emigration, die in ihrer Mitte mächtige reaktionäre und monarchistische Gruppen hat, kann die ukrainische Emigration, mit Ausnahme unbedeutender Gruppen, in keinem Falle weder nach ihrer Zusammensetzung, noch nach ihren nationalen, freirechtlichen Forderungen, denen die Bestrebungen der Volksmassen zur Demokratie und Selbstbestimmung zugrunde liegen, eine Stufe der Reaktion sein. Mit Rücksicht auf die bestehenden reaktionären Regimes und künftigen Gefahren der Reaktion in Europa und besonders im Zusammenhang mit den Möglichkeiten einer Umgestaltung Europas auf demokratischer Grundlage hat unter anderem auch die ukrainische demokratische Emigration für die europäische Demokratie eine weitreichende Bedeutung.

Die Tätigkeit der ukrainischen Emigration beunruhigt besonders die Bolschewiken, die die Emigranten zu desorganisieren und moralisch zu vernichten trachten, wozu sie sich unter anderem des Schlagwortes der „Helmler“ bedienen, nicht um der Emigration tatsächlich die Möglichkeit einer Rückkehr zu geben, sondern um sie durch Verdungen müde und vor der Abreise in Emigration verächtlich zu machen und sie hierauf um ihre Hoffnungen zu betrügen. Die ukrainische Sozialdemokratie stellt fest, daß unter den herrschenden Verhältnissen des bolschewistischen despotischen und terroristischen Regimes eine Helmler der ukrainischen Emigration unmöglich ist. Sporadische Fälle der Heimkehr einzelner Personen betreffen nur die Unmöglichkeit der Reemigration, wenn man ins Auge faßt, um welchen Preis diese Menschen das Recht auf Rückkehr erkaufen müssen: die Emigranten, die ihre Rückkehr in den bolschewistischen Regionen annehmen, begegnen unüberwindlichen Schwierigkeiten seitens der bolschewistischen Behörden; von ihnen werden Verpflichtungen oder Gegenleistungen gefordert, die ethisch unzulässig sind und die menschliche Würde verletzen. Aber auch die, denen es gelingt, in die Ukraine zurückzuführen, leben dort unter beständiger Gefahr der Verfolgungen, der Entfremdung, der Verhöhnung, sowie der physischen Vernichtung seitens der terroristischen Behörden.

Tages-Neuigkeiten.

Feierabend.

Endlich doch! — Ein Glockenzeichen zeigt die Feierabend am Tausend müde, arme Menschen Grühen sie mit leisem Säbeln, Und in ihren trübigen Augen Glimmt ein Sehnen von stiller Freude: — Feierabend! . . . Aus dem Tor des Arbeitshauses Strömen müde arme Menschen, Eng finstere Gassen breiten Ihre schmutzigen dünnen Arme, Um die späten Nachtstunden An das kalte Herz zu nehmen. — Neude die dunstle Hütten öffnen Mitleidsvoll die widerben Türen, In der Dunkelheit verschwinden All die müden armen Menschen . . . Hinter trüben, blinden Scheiben Klodern auf die Personlicher. — Auf der engen, schmutzigen Gasse Steh allein ich — leidervsunken . . . Blöchlich schreden leise Tritte Mich aus meinem wachen Träumen. Fröstelnd fühl ich, daß des Glendes Mordertuch mein Antlig streift. Aus den engen finsternen Gassen Nieh ich fort, das Licht zu suchen. — Durch die Wolkenfenen schauen Zwei verirrte bleiche Sterne — An der Straßenecke düstert Einsam eine Gaslaterne. . .

Erna Haberzettl-Pfehhurg.

Eine H. Messe mit Jazzbandbegleitung. Aus Amerika kommt eine Meldung, welche die Herzen aller um die Anpassungsfähigkeiten der Kirche Besorgten höher schlagen lassen muß: Die Kirche hat ihren Frieden mit den Jazzbandanhängern geschlossen und die Vermunft unter ihre Patronanz genommen. Denn: In der Kongregationskirche in Los Angeles wurde am letzten Sonntag zum ersten Male der musikalische Teil von einer Jazzkapelle ausgeführt. Die Kirche war vom ersten bis zum letzten Platz besetzt, die Neuerung erwies sich als ein großer Erfolg. — So meldet es der Draht aus Amerika. Es wird hoffentlich nicht mehr lange dauern und man wird hierzulande in der christlichen Presse lesen: „Sonntag, 10 Uhr, Gottesdienst in der Stadtkirche: die Musik befolgt die Jazzbandkapelle aus der „Morion-Bar“. Die Bar kann dann ihre Pforten eigentlich schließen. Sie wird überflüssig werden. . .

Kommunistische Rullensfabrikation. Die kommunistische Presse berichtet in fetten Lettern und großer Aufmerksamkeit über den Kölner „Noten Tag“, der am Sonntag unter reicher Beteiligung stattgefunden haben soll. In einzelnen kommunistischen Blättern wird von 40.000 bis 50.000 Demonstranten, in anderen sogar von 90.000 Teilnehmern gesprochen. Im Reichensberger „Vorwärts“ waren sogar 100.000 (!) angegeben. — Um mich feststellen zu werden, schreibt der Berliner „Vorwärts“, daß diese Zahlen maklos übertrieben sind. Nach sehr vorsichtigen amtlichen Schätzungen, die sich mit den Angaben unseres Kölner Berichters durchaus decken, betrug die Zahl der aus ganz Rheinland-Westfalen nach Köln zu dieser Kundgebung zusammengeströmten roten Frontkämpfer 800 bis 900 Mann. Mit ihrer alles Maß übersteigenden Aufsehenerregung schaden sich die Kommunisten selbst am meisten. Die Kölner bürgerliche Presse spottet über die geringe Beteiligung und gibt der ganzen Veranstaltung das Prädikat „sehr mäßig“.

Der neueste christliche Kampfzug: „Mastore dich selbst!“ Seit in Oesterreich auf bischöflichen Befehl für die unbedauerer Schwindsucht leidenden christlichen Gewerkschaften ein Ringelbentelfeldzug eröffnet wird, bewähren sich die Arbeiter der christlichen Rückgewerkschaften kampftüchtig, sich ihren Brotergebnen dankbar zu erweisen. In der Sucht, als sitstam brave Knaben vor der kirchlichen Obrigkeit zu strahlen, kommen sie dabei auf die dümmsten Ideen. Die allerdümmste ist aber wohl jene, die sie in Tirol praktiziert haben und für die in der letzten Blattsfolge des „Arbeiter“ die Werkbetrommel gerührt wird. In diesem Blatt wird nämlich, weil die Innsbrucker Freireisgebühren, so wie viele andere Vereine in der Freizeit ein Tanfkändchen abzuhalten wogten, der neueste Kampfzug der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen: „Christliche Männer und Burshen, ruffert euch, zu m Schuppe der Religion selbst!“ Wir glauben, daß trotz dieser Verknüpfung von Religion und Seifenschaum der neueste Kampfzug der Arbeiter christlichen Gewerkschaften kein Erfolg haben wird. Die Innsbrucker besonders werden sich von den christlichen Sozialen Schaumschlägern nicht einlassen lassen. . .

Nicht so kümmerlich! Mr. B. von Trinity College in Cambridge las vor einer aus Studenten und Studentinnen bunt zusammengewürfelten Zuhörerschaft über Bevölkerungsprobleme. In einer seiner letzten Vorlesungen kam er auch auf das Problem des Frauenüberschusses zu sprechen. „Es ist eine merkwürdige Tatsache“, stellte er fest, „daß heuteutage die Südselnseln den einzigen Fleck der bewohnten Erde darstellen, wo es mehr Männer als Frauen gibt.“ Beachtende Augen in den Reihen der wohllichen Zuhörer. Mr. B. fuhr fort: „Der Männerüberschuß ist dort so groß, daß selbst jednjunge Dome vom Trinity College (dem berühmtesten Frauen-Universitätsskollen in Cambridge) einen Mann finden könnte.“ Bewegung unter den Studentinnen. Vier Schülerinnen streben entrüstet zum Zeichen des Protestes dem Ausgang des Hörsaales zu. Mr. B. sieht ihnen interessiert zu und sagt dann ganz ruhig: „Sie brauchen sich aber

wirklich nicht so zu beeilen, meine Damen. Das nächste Schiff geht erst in der kommenden Woche.“

Sequente Aufklärung durch Kriegerkritik. In der Reihe von „Diesterwegs deutschkundlichen Schülerheften“, einer Stoffsammlung für den Deutschunterricht an höheren Schulen, befaßt sich eines mit dem „Weltkrieg im deutschen Gedicht“. In diesem für Schulzwecke angelegten Lektärium findet sich auch die folgende Blüte deutscher Dichtkunst, die sich selbst in getrocknetem Zustand noch ihren eigenartigen Geruch bewahrt hat:

Jungfer Lüttich.

Und das war der Herr von Emmich, dieser sprach: „Die Festung nehm' ich. Jungfer, mach den Laden auf! Heugeliebte Jungfer Lüttich, laß mich ein zu dir, ich bitt' dich. Hochzeitsgäste warten drauß!“

Doch die Jungfer Lüttich sahe wolte nicht Herrn Emmichs Grüße, wollt' ein ander Chegemahl; einen andern, einen Franzen; wollt' nur mit dem Schronzen tanzen, der sich durch das Pfortlein stahl.

Also mußte der wackere deutsche Bräutigam Gewalt anwenden, er „stomnte die Hochzeitstür“, es gab „ein herzhaft Schießen und ein großes Plutovergießen“, aber er kam endlich doch zu seiner Braut und

Herr von Emmich mag nicht spöken, taffe um die Talle lassen; Jungfer Lüttich schrie vor Lust. Und sie hat sich ihm ergeben in dem Jahr, in dem wir leben, an dem siebenten August.

Wahrschaffig, sie sind einander würdig: der Herr Professor, der diese Perle entdeckte, die Oberlehrer, die sie der deutschen Jugend vorlegen, und — nicht zu vergessen — der „Dichter“, der sie schuf. Und wer war es, der Blut und Bordell so platt zu reinen wußte? Er heißt August Polkmann und ist seines Zeichens — katholischer Geistlicher!!

Dreimal vor dem Geschworenen. Vor dem Geschworenengerichte in Währ. Strauß fand Dienstag die Schlußverhandlung gegen Marie Laska statt, die am 21. November 1923 aus Eifersucht ihren Mann auf dem Stadtplatze in Währ. Strauß erschossen hat, worauf sie nach der Verhaftung Selbstmord zu begehen versuchte. Die Angelegenheit war schon das dritte mal vor dem Geschworenengerichte, da die beiden ersten Urteile aus Nichtigkeitsgründen aufgehoben wurden. Nach zweitägiger Verhandlung wurde die Angeklagte freigesprochen. Der Staatsanwalt hat die Verurteilung eingelegt.

Die Zentralkasse der Deutschen Einheitsvereine ersucht um Ausnahme folgender Zeiten: Wenn die bisherigen Wahlen in voller Ruhe und ohne Störung durchgeführt werden könnten, so ist das gewiß zum größten Teile dem Paragraph 20 des Wahlgesezes zu danken, der das Verbot enthält, während des Tages vor der Wahl und am ganzen Wahltag selbst, alkoholische Getränke auszufestehen, zu verkaufen und zu verabreichen. In welcher Voraussicht wurde das Verbot auf den ganzen Wahltag ausgedehnt, denn es war mit Recht zu befürchten, daß Wahlstuge und Wahlunterlagen sorgfältig reichlich mit Alkohol begossen würden, was Prämellen und Wessertischen, die ohnedies jeden Sonn- und Feiertag an der Tagesordnung sind, in verstärktem Maße zur Folge haben würde. Dieses bewährte Gesez ist aber gewissen Kreisen, denen dadurch ein schöner Proffit entgeht, ein Dorn im Auge und so haben die Abgeordneten Franz Pechmann und Genossen einen Antrag auf Abänderung eingebracht, welcher die Forderung enthält, es möge sogliche nach Abschluß der Wahlen Alkoholausschank gestatteet werden und die bisherigen Strafen für Uebertretung des Gesezes mäßig gemildert werden. Wie so oft muß auch diesmal in der Begründung des Antrages, das Wort Demokratie dazu herhalten, diese nicht gerade edelsten Motive entspringende Forderung zu motivieren! Daneben steht nicht der Hinterruck auf das alte Oesterreich, wo die doch im Vergleich noch viel „obloferer“ Bewirtung vor den Wahlen (Freisber, Freischnaps) nur mit Ordnungsstrafen belegt wurde. Gegen die geforderte Abänderung des Gesezes muß aus Gründen der sittlichen und öffentlichen Wohlfahrt schärfster Protest eingelegt werden. Den Antragstellern möchten wir aber die Worte des bekannten belgischen Nationalökonom Prof. Emil Laveley zur Kenntnis bringen, der in seinem Werk „Le Gouvernement dans la democratie, sagt: „Der größte Feind der Demokratie ist der Alkohol. Eine vernünftige Demokratie würde die Erzeugung und den Verkauf dieses Giftes nur zu Industriewerden gestatten.“

Absetzung eines in Reichenberg verbliebenen Wredes. In Graz wurde am 19. d. M. unter dem Verdachte des Betrages ein gewisser Arthur Dechner, der sich als leitender Direktor der Generalpräfektur einer österreichisch-jugoslawischen Gesellschaft ausgab, verhaftet. Dechner hatte, als er in einem Grazer Hotel abgestiegen war, ein zweltelliges Zimmer bestellt und gemeldet, daß noch eine Frau ankommen werde. Die Frau kam jedoch nicht. Bei der Einvernahme gab er an, daß es sich um eine gewisse Hilde Karger aus Wien handle, mit der er längere Zeit zusammen gereist sei und die ihn auch veranlaßt habe, den Namen Dechner anzunehmen, da er Schulden von mehreren Millionen Kö in der Tischhoffstowak hinterlassen habe. Warum die Karger nicht angekommen sei, konnte er nicht angeben. Nun hat er im Grazer Strafgericht das Geständnis abgelegt, daß er die Hilde Karger im Dezember 1925 in Reichenberg ermordet habe. Die nächsten Erhebungen wurden angeleitet.

Der Dampfer „Westfalia“ ist am Dienstag nachmittags 3 Uhr im Hamburger Hafen eingelaufen. Der Empfang hielt seit einigen Tagen ganz Hamburg in Spannung. Koch vor kurzem berichteten die Blätter von dem herzlichen Empfang der Westfalia, die 1000 Meilen vom Kap Race bei schwerstem Seegang die gesamte 27köpfige Mannschaft des schiffbrüchigen holländischen Frachtdampfers „Alfa“ gerettet hat, in New York.

Der Kapitän der „Westfalia“ namens Graalfeld, der in New York außerordentlich gefeiert wurde, ist damit eine bekannte Persönlichkeit geworden. Graalfeld ist 56 Jahre alt, trat 1891 in den Dienst der Japan, wurde 1902 Kapitän und übernahm, nachdem er vorher die Dampfer „Gansa“ und „Odenburg“ im Ostindiendienst geführt hatte, 1925 die „Westfalia“.

Der berühmte Hochkapler Mariens, der vor einigen Tagen im Hotel Royal in Pissine verhaftet wurde, wird demnächst nach Deutschland ausgeliefert werden. Der 68jährige Piefenbetrüger ist einer der größten internationalen Scherenschwindler, mit dem sich die Kriminalpolizei seit Jahren beschäftigt.

Die englische Gräfin Cathcart hat von zwei Wochen lang auf der berühmten Einwohnerinsel Ellis Island in einem jellentartigen Raum interniert, weil sie auf dem Fragebogen, der den in Amerika Ankomenden vorgelegt wird, wahrheitsgemäß angegeben hat, daß sie eine geschiedene Frau ist; am Dienstag endlich erhielt sie die Erlaubnis, Ellis Island gegen Bürgerschaft zu verlassen. Der Fall Cathcart hat unterdessen in der ganzen Welt viel Staub aufgewirbelt. Zahlreiche Frauenorganisationen haben sich für die Gräfin eingesetzt, amerikanische und englische Zeitungen haben täglich Dutzende von Spalten mit dieser blamablen Affäre gefüllt.

Das uneheliche Kind in Holland. Die von der Niederländischen Vereinigung der Staatsbürgerinnen eingesetzte Kommission zum Studium der Rechtslage des außerehelichen Kindes hat kürzlich ihren Bericht erstattet. Die Kommission bezeichnet es als notwendig, daß das uneheliche Kind hinsichtlich der Anerkennung seiner Blutsverwandten dem ehelichen Kinde gleichgestellt wird. Der vom Vater nach seiner Anerkennung des Kindes für den Unterhalt zu leistende Betrag müsse den Lebensverhältnissen beider Eltern angemessen sein. Da nach niederländischem Rechte wohl ein junger Mann mit 18 Jahren heiraten, aber ein außereheliches Kind nicht vor Vollendung des 19. Jahres anerkennen kann, so wünscht die Kommission, daß auch diese Anerkennung bereits mit Vollendung des 18. Jahres des Vaters ermöglicht wird. Schließlich bezeichnet es die Kommission als notwendig, daß das Erbrecht des außerehelichen Kindes nicht nur hinsichtlich seiner Mutter, sondern auch hinsichtlich seines Vaters anerkannt werden möge.

Neue Heilmethode gegen die Lepra. Ein indischer Arzt Dr. Row hat kürzlich einem indischen wissenschaftlichen Kongress eine neue Impfstoffbehandlung der Lepra vorgeführt. Teilnehmer an dem Kongress verzeichnen eine sehr günstige Wirkung dieser Heilmethode. Es heißt, daß diese Impfstoffbehandlung bei den Kranken in vier bis fünf Monaten Anzeichen läßt, normale Gesichtsfornen wieder herzustellen, uneheliche Hautflecke verschwinden und durchlöchernde Schwären heilen läßt. Besonders wichtig ist diese medizinische Entdeckung für Japan, wo die Lepra eine verhältnismäßig weite Verbreitung gefunden hat.

Eine Liebestragödie hat sich in einem Junksbruder Hotel abgespielt. Der 25jährige Tierzuchtinspektor Hennings aus Rottbus und die um 6 Jahre jüngere Gertrud Löpfer haben sich in dem Augenblicke, als die Polizei in ihr Zimmer einzudringen versuchte, erschossen. Die Motive der Tat sind im einzelnen noch unauflöslich.

In einem Erholungsheim in Middletown in den Vereinigten Staaten brach ein Feuer aus, das innerhalb einer Stunde das Gebäude völlig zerstörte. Sieben Personen kamen im Feuer ums Leben, 26 wurden verletzt, darunter mehrere schwer.

Eine Anzahl deutscher Schiffe ist in den letzten Strömungen gefrachtet; darunter das Lübecker Motorschiff „Folka“, das mit Getreide von Treleborg nach Kopenhagen unterwegs war, ferner das Hamburger Schiff „Käthe“, das bei Stevns in den dänischen Gewässern gesunken ist, sowie der deutsche Dreimastschoner „Frederike“ bei Hladsin in der Nähe von Kopenhagen.

Ein 1000 Tonnen-Schiffskanal durch Berlin wird demnächst, nachdem die maßgebenden Regierungsstellen und die Stadt Berlin über die Anlage der ersten Teilstrecke des künftigen Großschiffahrtsweges beraten haben, verwirklicht werden. Die zunächst auszubauende Strecke ist 3 Kilometer lang und soll von der Untersee nach dem Westhafen führen. Wenn auch für den West-Ost-Verkehr zunächst der Teltowkanal in Frage kommt, so würde die neue Großschiffahrtstraße durch das Stadttinnere zweifellos eine Belebung des Schiffahrtsverkehrs bringen. Ein weiteres großes Kanalprojekt der Stadt Berlin, ist ebenfalls in Vorbereitung, und zwar der Bau des Nordkanals, der vom Nordende des Tegeler Sees aus die nördlichen Vororte Berlins miteinander verbindet und schließlich im Südosten bei Köpenick in die Spree einfließt.

Ansehende Krankheiten in der Tschechoslowakei. Die eben erschienene Nummer 140 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ bringt einen nach den amtlichen Angaben zusammengestellten summarischen Bericht über die ansehenden Krankheiten in der Tschechoslowakischen Republik für das Jahr fünfzig 1920 bis 1924. Die meisten Fälle von ansehenden Krankheiten wurden in den Jahren 1920 und 1921 angezählt (38.161 bzw. 38.160 Erkrankungen und 4738 bzw. 4146 Sterbefälle), in denen besonders Ruhr (8057 bzw. 8288 Erkrankungen), Darmtyphus (7229 bzw. 9343) und Diphtherie (4800 bzw. 4380) herrschten und die Malaria (4985 bzw. 1542 Erkrankungen) epidemisch auftrat. Im Jahre 1920 war auch der Flecktyphus ungewöhnlich stark verbreitet (2897 Erkrankungen), hauptsächlich in Karpatenland. In den Jahren 1920 und 1921 wurden auch viele Fälle von Scharlach angezählt (4275 bzw. 9425) noch weit mehr aber in den folgenden Jahren, in denen er von allen ansehenden Krankheiten die am meisten verbreitete war (im Jahre 1922: 10.784, 1923: 10.522, 1924: 9606 Erkrankungen, 1215, 705 und 451 Sterbefälle). An zweiter Stelle standen Darmtyphus und Diphtherie. Neben den Grundzahlen werden hier auch Verhältniszahlen veröffentlicht (Erkrankungsziffer, Sterblichkeit, Letalität), und zwar nicht nur nach Ländern, sondern auch für die einzelnen Verwaltungsbezirke. Durchschnittlich wurden die meisten Erkrankungen in folgenden Bezirken angezählt: Darmtyphus: Rákva Bezirk 31,2 Fälle auf 10.000 Einwohner, Dobruje 19,6 (Durchschnitt für die Tschechoslowakei: 5,2); Scharlach: Tornala und Velebn (61,5 bzw. 39,5, Tschechoslowakei: 6,5); Diphtherie: Hlohovec (9,2), Preßburg-Stadt (7,4) und Káran (7, Tschechoslowakei: 2,8); Ruhr: Groß-Beregna und Irtens 100,2 bzw. 27,0 (Tschechoslowakei: 3,1); Trachom: Práva 27,3, Anstule Kove Wásta 27,0 und Velka Ústka 22,8 (Tschechoslowakei: 2,3). — Der Nummer ist auch ein Diagramm beigegeben, welches die Erkrankungen in den wichtigsten ansehenden Krankheiten im Verlaufe des ganzen Jahres fünfzig nach Monaten veranschaulicht.

Wetterbericht vom 24. Febr. Dienstag hat sich die Bewölkung in der ganzen Republik verringert. Die Regenfälle waren auf die nordöstlichen Teile der Slowakei und Schlesiens beschränkt, doch auch hier erreichten sie nicht mehr die Ergiebigkeit der Vortage. Die Temperaturen hielten sich überall mit Ausnahme von Karpatenland auf einem erheblich übernormalen Stand. In den Niederungen erreichten die Nachmittagstemperaturen 10 bis 11 Grad Celsius. In der Nacht auf Mittwoch bereitete sich eine neue Zone leichter Niederschläge auf ganz Böhmen aus. — Wahrscheinliches Wetter von Donnerstag: Andauern des unbeständigen und ziemlich bewölkten Wetters, mild, zeitweise niederschlagsfrei.

Wie die deutschen Fürstenvermögen entstanden.

Die unerhörten Forderungen der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser machen wieder ein Stück deutscher Kulturgeschichte lebendig, das so beschämend und entehrend für die Geschichte Deutschlands ist, daß man lieber darüber schweigen möchte. Da unsere verflochtenen hohen und allerhöchsten Herrschaften jedoch den Kampf um die Wahrung ihrer „heiligsten Güter“ mit so bemerkenswert geringem Feindschaftsgefühl ausfechten, sehen auch wir keine Veranlassung, geschichtliche Tatsachen mit wohlwollendem Stillschweigen zu übergehen. Es ist zu dieser Zeit gewiß nicht unangebracht, daß wir uns einmal wieder des

Handels mit lebenden Menschen erinnern, dem eine Anzahl der früheren deutschen Fürstenhäuser einen nicht unwesentlichen Teil ihres Reichtums verdanken, und aus dem die Mittel für den Bau mancher schönen Schlösser geflossen sind, um das heute die Nachkommen jener Fürsten erbittert kämpfen.

Es ist das Verdienst des früheren liberalen Reichstagsabgeordneten Friedrich Kopp, des Vaters des Fürstlichen, über dieses für uns gewiß nicht uninteressante Kapitel deutscher Geschichte umfangreiches Material gesammelt und unter dem Titel „Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika“ im Jahre 1884 bei Julius Springer herausgegeben zu haben. Das gesammelte Material stammte aus den Dokumenten des englischen Staatsarchivs, aus englischen Parlamentsberichten, den Korrespondenzen der betreffenden fürstlichen Personen und sonstigen amtlichen Quellen, und muß daher wohl als durchaus glaubwürdig angesprochen werden.

Wir erfahren also aus diesen Dokumenten wertvolle Einzelheiten darüber, wie die Landesväter einer ganzen Anzahl deutscher Fürstentümer ihre geliebten Untertanen für bares, klingendes Geld an fremde kriegerische Mächte als Kanonenfutter verkauft haben. Die gelieferte Ware liefen sie sich pro Kopf nach damaliger Rechnung mit 30 Kronen Banco Verbeßelt und dazu 37,5 Kronen Subsidien, die auf Jahre hinaus gefeßt werden mußten, ferner bei dem unermesslichen Abgang pro Seele nochmals 30 Kronen bezahlen, wobei drei Verwundete gleich einem Toten gerechnet wurden. Außerdem stellten die Fürsten noch manchmal die Differenz zwischen der eigenen landesüblichen niedrigeren Soldatenlöhnung und derjenigen des die Truppen mietenden, kriegerischen Landes in ihre eigene Tasche.

Dieses seine Geschäft stand in seiner schönsten Blüte während des Nordamerikanischen Freiheitskrieges (1775—1783). England wollte zur Niederverwerfung des Aufstandes in Nordamerika nicht gern seine eigenen Landeskiner verwenden. Es hatte das auch gar nicht nötig, denn die deutschen Fürsten rissen sich förmlich darum, ihre Untertanen als Kanonenfutter für englische Dienste gegen Bezahlung anzubieten. Sie liebten alle ein glänzendes Hofleben nach französischem Muster, selbstverständlich auf Kosten ihrer armen, ausgepreßten und verschuldeten Länder, und ergrißen darum mit Freuden die günstige Gelegenheit, durch den Verkauf von männlichen Einwohnern ihrer Länder ihre reduzierten Kassen etwas aufzufüllen. Die treuen Untertanen lieferten ihnen aus ihren zerstückelten Knochen die Mittel zu standesgemäßen Vergnügungen, zu der verschwenderischen Mätressenwirtschaft, die an jedem Hof eine Selbstverständlichkeit war. So entstanden viele der Schätze, deren Pracht wir heute noch bewundern können.

Deutschland hatte zu dieser Zeit ohnehin schon den traurigen Ruhm,

Truppenlieferungsland für die ganze Welt

zu sein. Von Rußland bis Spanien, von den Niederlanden bis zur Türkei gab es im 17. und 18. Jahrhundert kaum noch einen Krieg ohne deutsche Hilfstruppen. Im österreichischen und im spanischen Erbfolgekrieg kämpften deutsche Hilfstruppen gegen Bezahlung sogar auf beiden Seiten. Bei Beginn der englisch-amerikanischen Feindseligkeiten überboten sich die deutschen Fürsten, die so schon immer mit einem ausgezeichneten Geschäftssinn begabt gewesen sind, unter Anwendung fertiger Hilfstruppen in Anpreisungen ihrer Truppen. Selbst mehrmalige Abweisungen Englands schreckten einige von ihnen nicht davon zurück, immer wieder mit ihrer Ware an den Markt zu kommen. Im ganzen sind es im Laufe des Krieges die Fürsten von sechs deutschen Kleinstaaten gewesen, die auf Grund offizieller Verträge mit England gegen Bezahlung Truppen nach Amerika lieferten, und zwar Braunschweig, Hessen-Cassel, Hanau, Waldeck, Nassau und Anhalt-Berbst.

Sie lieferten insgesamt 29.166 Mann, von denen nur 17.313 wieder zurückgeschickt wurden.

11.853 Männer im besten Lebensalter haben also für die Geldgier ihrer Fürsten fern der Heimat ihr Leben lassen müssen. Die Einkünfte der einzelnen Fürsten aus diesem Geschäft waren enorm, besonders da einige Subsidien noch zwei Jahre nach Rückkehr der Truppen gezahlt werden mußten. Auch Bayern und Württemberg hatten England ihre Soldaten wiederholt angeboten und sich sehr um Berücksichtigung bemüht; doch wurden beide wegen des schlechten Zustandes ihrer Truppen zurückgewiesen. Die Hohenzollern hielten sich zwar von diesem Geschäft fern, aber nicht wegen irgendwelcher moralischer Bedenken, sondern ganz einfach deshalb, weil der damalige preussische König Friedrich II. seine Leute für seine zahlreichen Feldzüge selbst bringen ließ.

Uebrigens wurden die Fürsten beim Zusammenreißen der Menschenherde, die sie zum Verkauf bringen wollten, von der Kanzel herab freundlich unterstützt. In Waldeck forderten die Geistlichen in der Kirche die jungen Leute auf, sich anwerben zu lassen. Die brutalen Anwerbungsverfahren der damaligen Rekrutierung mit ihren Ueberrumpelungen und grauenamen Bestrafungen bei der Wehrpflicht, sind so zur Gewöhnheit bekannt. Sehr schön ist auch die Rolle, die der Bischof von Würzburg bei einer Meuterei der Nassauer Soldaten auf dem Wege zur Verdrückung in Ohrensturt gespielt hat. In einem amtlichen Schreiben an den englischen Gesandten Creffener heißt es:

„Der Bischof von Würzburg schickte ein Korps Husaren und ein Dragonerregiment. Das half!“

Es wäre auch Unrecht, einen schönen, echt landesväterlichen Zug des Herzogs von Braunschweig hier unerwähnt zu lassen. Er richtete nämlich die ausbrüchliche Wute an den zuständigen englischen Minister, dieser möge seine in Gefangenschaft geratenen Truppen nicht nach der Heimat auswechseln lassen, damit ihm durch ihre Schilderungsgeschäft mit Kriegszugaplay das weitere Rekrutierungsgeschäft nicht verdirben würde. Tatsächlich mußten die gefangenen Braunschweiger mehr als fünf Jahre unter großen Entbehrungen in der Internierung verbleiben.

Neue aber verteidigen die Nachkommen und Erben dieser Fürsten den Besitz der Schlösser und Riesenvermögen mit der Probe ihres guten Rechts. Sollte das Volk ihnen nicht die richtige Antwort geben können?

Ellis Radtke-Warmuth.

Brager Filmbörse.

Bemerkenswerte Neuheiten brachte die Metro-Goldwyn. Ein rechtes Zugstück, das auch den ersten Zuschauer voll befriedigen kann, ist der Ausstattungsfilm „Der Kadeit Nowarow“. Er schildert launig und unterhaltsam den Werdegang eines angehenden Seeoffiziers in einer amerikanischen Marine-Akademie. Die geliebte Handlung, die besonders in der zweiten Hälfte recht dramatisch und spannend verläuft, ist mit einer neuen Liebesgeschichte verknüpft, und weist gar nicht die Tendenz auf, den amerikanischen Militarismus zu verherrlichen, sondern beinhaltet bloß die erste Wahnung: über alles geht die Pflicht, was in dem tragischen Konflikt zwischen der Liebe und der Pflicht des jungen Akademikers inschaulich und überzeugend zum Ausdruck gebracht wird. Romon Nowarow in der Hauptrolle fesselt nicht nur durch seine edle, gewinnende Erscheinung, sondern auch durch sein glänzendes Spiel, wodurch er wieder nachdrücklich zur Geltung bringt, daß er zu Amerikas auffallendsten Künstlerpersönlichkeiten zählt. — Man hat im Film schon Löwen, Pferde, Hunde, Elefanten und andere Tiere „spielen“ sehen, oder eine Kuh als Parnerin zu wählen, das blieb dem todernsten, ungeliebten Jüngling namens Frigo vorbehalten, wovon sein neuer Film Zeugenschaft ablegt: „Frigo und die Kuh“. Dieser Repton als Regisseur und Hauptdarsteller hat damit in der üblichen Weise wieder ein Stück geschaffen, das voll auf die Gunst des Publikums rechnen kann, wenn es auch bei weitem nicht so gelungen ist, wie zum Beispiel „Die Weiberjagd auf Frigo“. Aber zu lachen gibt es auch da genug und Frigo scheint nie einen Mangel an recht unwiderstehlichen Einfällen zu haben. Diesmal spielt er einen Cowboy, dessen einziger Freund eine

Kuh ist, die ihm auf Schritt und Tritt folgt und die auch er liebend gegen alle Gefahren beschützt. Als nun seine Kuh mit der übrigen Herde nach New York zur Schlachtbank abtransportiert wird, fährt Frigo einfach mit dem Zug mit, um sie nicht verlassen zu müssen. Aber der Zug wird überfallen, die Begleitmannschaft verjagt und so kommt es, daß Frigo ganz allein mit der Herde nach New York gelangt und ebenso allein das Hindische durch die geliebten Straßen der Großstadt auf den Markt treibt. Es ist wohl überflüssig, zu betonen, daß ein gelungener Einfall den anderen jagt und daß es zu einer Unmenge von Szenen kommt, die ebenso originell wie grotesk sind. Der dritte Film heißt „Liguenet in Fra“ und stellt eine ungarische Zigeunerbande in den Mittelpunkt, die auf Anraten eines Amerikaners ihre Heimat verläßt und nach New York zieht, um dort unter dem Mantel spiritistischer Seancen großartige Verbrechen zu verüben. Die Handlung ist spannend und rollt im flotten Tempo recht geheimnisvoll ab. Allen Brings als Zigeunerin bedeutet wohl eine Ueberraschung, aber die sonst so vornehme Schauspielerin schafft auch in dieser Rolle eine natürliche, glaubwürdige Gestalt. Ihr Partner ist Conway Tearle, vielleicht die aufsehendste Erscheinung unter den amerikanischen Künstlern, die für Salonrollen in Betracht kommen. Sein Auftreten und Spiel zeichnet sich durch eine gewisse würdige Ruhe und stolze Abgemessenheit aus, was seinem angenehmen Wesen einen besonderen Reiz verleiht.

Recht gewöhnliche amerikanische Drogenware brachte der Kinofilm. Man kann den Filmen nicht gerade eine gewisse fesselnde und aufregende Handlung absprechen, aber ansonsten sind sie herzlich unbedeutend, wie eben die meisten ähnlicher Serienzeugnisse. Relativ der beste der fünf vorgestellten Filme ist die „Verbrecherfamilie vom Michigan-See“ (sahon dieser Titel!), ein Zeugnis

nis der F. A. O. William Charleson als Schiffskapitän ist eine sympathische Gestalt und die Handlung wird durch mancherlei jugtätig gemacht. Zuerst der einbeinige Matrose Kooches, der einen unwirklichen Typ stellt, dann ein kleiner Doh, der in seiner Neutralität angenehm von den dreifürten kleinen Amerikanern absteht, und schließlich die in die Geschicke eingestrichene Tragedie eines Hundes, der die Irene zu seinem Herrn mit dem Leben bezahlt, was rührend auf die Leinwand gebracht ist. Durch das ganze Stück scheint eine frische, heitere Seebreeze zu wehen, deren Wirkung auch der Zuschauer angenehm zu fühlen bekommt. Weitere Erzeugnisse derselben Firma sind „Der Gespenstflieger“ (Al Wilson, Virginia Brown) mit spannenden Heldentaten hoch oben in der Luft und „Einbrecher und Co.“ (Weslin Brent, Bruce Gordon), die Geschichte der Väterung eines Verbrechers. Aehnlich in Ausführung und Stoff sind zwei Loew-Metro-Filme: „Die Herzendiebin“, die listige Geschichte einer verbrecherischen Dirne (Viola Dana), die bei einer edlen alten Frau Unterkunft findet und aus Liebe zu deren Sohn (Milton Sills) ein neues Leben zu führen beginnt, und die „Pariser Puppe“ mit Mae Murray und Rod la Noque. Dieser letzte Film ist zwar auffallend, allerdings nicht durch seine Güte, sondern im Gegenteil durch seinen aufdringlich hervortretenden „Amerikanismus“. Mae Murray ist unzweifelhaft eine gute, ausdrucksvolle Schauspielerin, auch eine gewandte Tänzerin, aber ihr Auftreten ist manchmal geradezu anwidern. Man kann nicht den Eindruck gewinnen, daß ihr überprädelndes Temperament, das oft gar zu arg über die Schnur haut, nichts anderes ist als gezwungene Mode und künstlerische Selbstverherrlichung. Und dann: diese amerikanischen „unverständlichen“ Mädchen, die ihre gesamte Umgebung besauern, beriden, betören und wie noch sonst die ganze Stufenleiter der Verführ-

rungskunst kouten mag, hat man bei uns schon bis zum Ueberdruß satt.

Das ewige Problem der Ehe! Besonders die Amerikaner verleiden einem diesen Stoff derart, daß man für gewöhnlich schon von einer bloßen Abwandlung genug hat. Gibt es denn wirklich nichts anderes mehr zu verfilmen? Absinken kann man sich mit diesem abgeschmackten Vorwurf nur dann, wenn er so nett und launig gebracht wird, wie die zwei neuen Paramount-Filme der Slavia. Besonders die „Mikrotanen Eltern“ sind recht schenwerte Leute, wenn auch leider ein wenig zu behäbig im Tempo. Aber das ist auch ihr ganzer Fehler. Der köstliche Adolf Menjou als Papa und die schöne Florence Vidor als Mama einer heranwachsenden Tochter schaffen ein Operetten-Chepaar, das sich sehen lassen kann. Ihre Haupttugenden sind Streitsucht und Gerechtigkeit, was für den glücklichen Bestand einer Ehe nicht gerade taugegen soll, wie der Film beweisen will. Ihr reizendes, bildhübsches Tochterlein ist Betty Bronson, die siebzehnjährige Darstellerin des Peter Pan in dem gleichnamigen Märchenfilm, ein Backfisch, wie man sich ihn amutiger kaum vorstellen kann. Wir glauben nicht sehr zu glauben mit der Annahme, daß in dem Mädchen eine starke Künstler-natur verborgen ist, die mit der Zeit von selbst zur Reife kommen wird. Warum Männer heiraten“, fragt der zweite Film und gibt sich selbst zur Antwort, daß die Herren der Schöpfung es wohl selbst nicht wissen: angeblich wissen es nur die Göttin und — die Frauen. Nun, diese Anschauung ist entschieden Geschmacksache und ebenso das ganze Stück, das eine Alltagsgeschichte mit starkem „filmischen“ Einschlag so unaufrichtig bringt, daß man es gerne ansieht. In den Hauptrollen Wat D. Malley und Agnes Ayres.

S. B. Schimbera.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitungen erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich M 16.—, vierteljährig M 48.—, halbjährig M 96.—, ganzjährig M 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementbetrag muß längstens bis 10. u. M. in einem Besche sein und erlösen wir, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Volkswirtschaft.

Europa bleibt der größte Abnehmer der Vereinigten Staaten. Die Außenhandelsstatistik der Vereinigten Staaten für das Jahr 1925 zeigt, daß der größte Teil der amerikanischen Ausführwaren von europäischen Ländern gekauft wird. Mehr als die Hälfte der Gesamtausfuhr im Werte von 2600 Millionen Dollar wurde von Europa gekauft, während Nordamerika Waren im Werte von 1140 Millionen, Südamerika 106 Millionen, Asien 485 Millionen, Australien 189 Millionen, Afrika 89 Millionen Dollar kaufte. Anders steht das Verhältnis in der Einfuhr. Der größte Lieferant der Vereinigten Staaten war Asien mit 1320 Millionen, während die Einfuhr aus Europa mit 1238 Millionen Dollar viel weniger als die Hälfte der amerikanischen Ausfuhr nach Europa ausmachte. Diese Lage entspringt aus der Veränderung seit dem Weltkrieg, derzufolge die Vereinigten Staaten immer mehr als Käufer für Rohstoffe und Verkäufer für Fertigprodukte nach dem Ausland hervortreten. Aus Nordamerika kauften die Vereinigten Staaten Waren im Werte von 981 Millionen, aus Südamerika 519, aus Australien 78, aus Afrika 92 Millionen Dollar.

Steigende Teepreise. Der Weltverbrauch von Tee ist im Steigen begriffen, wogegen die Produktion, vor allem in Indien, wo die größten Mengen hergestellt werden, erheblich zurückgegangen ist. Chinesischer Tee wird in Europa und Amerika nur wenig — ungefähr 3 Prozent — verbraucht. Der Hauptmarkt für Tee ist England, dessen Tee-Einfuhr 1925 infolge des erwähnten Produktionsrückgangs geringer war als 1924. Infolge der Knappheit sind die Preise in letzter Zeit weiter gestiegen, gegen 6 Pence pro Pfund. Es ist anzunehmen, daß die Verknappung der Produktion von den großen Teegesellschaften, welche die Teeplantagen in Indien und Ceylon fast monopolartig beherrschen, künstlich herbeigeführt wurde. Diese Großunternehmungen erzielen ungeheure Profite. Nach den jüngsten Zusammenstellungen im „Economist“ haben die acht großen Teegesellschaften durchschnittlich 34,2 Prozent Dividende verteilt, 25 Prozent mehr als im vergangenen Jahr, wo die Profite bereits sehr hoch waren.

Steigende Bierzeugung. Die Bierzeugung ist nach jüngst vorgenommenen statistischen Erhebungen in den meisten Ländern im Steigen begriffen. Wie aus dem Vergleich der Produktionsziffern für die Jahre 1923 und 1924 ersichtlich ist, stieg die deutsche Bierproduktion von 30 Millionen Hektoliter im Jahre 1923 auf 37,7 Millionen Hektoliter im Jahre 1924, die Bierzeugung in der Tschechoslowakei von 6 auf 8,1 Millionen Hektoliter, die Deutsch-Oesterreichs von 2,5 auf 4,6 Millionen Hektoliter, während sich die

englische Produktion von 31,7 auf 34,9 Hektoliter erhöhte. Im Jahre 1925, für das die endgültigen Ziffern noch nicht vorliegen, dauerte die Steigerung der Produktion noch weiter an. Dank der erhöhten Bierzeugung sind auch die Preise für Hopfen gestiegen.

Der Film.

Die Flucht des Sokrates betritt sich ein ganz nettes Lustspiel. Gemeint ist allerdings nicht jener Athener Bürger, der sich einst als Philosoph, anderenteils als Gemahl der berühmtesten Kantippe einen Namen gemacht hat, sondern ein Papagei, der diesen Namen trägt und dessen launische Besitzerin das Tier mehr liebt als ihren Bräutigam. Es nimmt daher weiter nicht wunder, daß sie den Pantoffelheld von einem Verlobten vor ein hartes Ultimatum stellt, als durch dessen Verschulden der Papagei davonfliegt: entweder bringt er Sokrates wieder zurück oder es kommt nicht zur Heirat. So beginnt eine abenteuerliche Jagd nach dem Vogel, die aus Italien bis nach Sabona führt, wo sie endlich nach ungläublichen Vorgängen ein glückliches Ende findet: der liebevolle Bräutigam landet in den Armen einer anderen. Carlo Aldini in der Hauptrolle des italienischen Filmes bietet zwar nichts außergewöhnliches, ist aber doch sehenswert, und das Stück unterhält gut; mehr kann man von einem ähnlichen Film nicht erwarten. S. W.

Kunst und Wissen.

Don Juan-Neueinstudierung. Wir wollen uns diesmal nur mit Feststellungen begnügen. Opernhelg Zemlinsky hatte die Neueinstudierung bewirkt und sich damit wieder einmal seit Wochen auch als Operndirigent betätigt. Die vier Neubesetzungen der Oper erwiesen sich mehr oder weniger als Fehlbesetzungen. Hagens Don Juan ist mehr gummiiger Kavalier als dämonischer Verführer und entspricht dieser Partie auch im Charakter nicht. Horner vermag dem Leporello vorläufig nur seine schönen Stimmkräfte zu leihen, während er in der buffomäßigen gefanglichen und darstellerischen Wiedergabe der Rolle noch viel zu wünschen übrig läßt. Czudob, der zum erstenmale eine größere selbständige Partie (den Waffetto) sang, muß erst richtig sprechen und deklamieren lernen. Fel. Delius erwies sich dem Mozartstil im allgemeinen und der Partie der Elvira im besonderen gefällig in keiner Weise gewachsen. Durch diese Besetzungszunehmlichkeiten wurde oft auch das musikalische Gesamtbild der Aufführung getrübt. Der Unfug überflüssiger Pausen mochte sich auch diesmal bemerkbar; ihre Wegnahme kommen und machte aus der zweitägigen Oper Mozarts eine dreitägige.

Alfred Picaver wird am Mittwoch, den 10. und Samstag, den 13. März im Neuen deutschen Theater ein zweimotives Gastspiel in „Mida“ und „Tosca“ absolvieren. Kartenvermerkungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag abends und Samstag abends um halb 8 Uhr „Die Insel der Affen“, Freitag halb 8 Uhr „Mascottchen“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Der Doktor“, halb 8 Uhr „Zauberflöte“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Die Mama vom Ballett“, Freitag „Der wahre Jakob“, Samstag „Die Mama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Charleys Tante“, halb 8 Uhr „Die Mama vom Ballett“, Montag „Phygmalion“.

Herausgeber Dr. Ludwig Ueßch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niekner. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: D. Holzl.

Literatur.

„Hinterholz“, die Geschichte einer sterbenden Stadt, nennt Genosse Hans Honheiser, der als sudetendeutscher proletarischer Schriftsteller schon einen geachteten Namen hat, sein jüngstes Werkchen, das in der Troppauer Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ erschienen ist. In knappen Büchern und aus tieffstem sozialen Mitleid hat Honheiser auch hier wieder das Schicksal der Proletarier einer verelendenden Kleinstadt dichterisch nachgeschaffen, in kleinen, packenden Bildern Menschenleben dargestellt, deren Schilderung einen Darsteller von weniger Beschränkung leicht zu romanhaftem Breitwerden hätte verführen können. Honheiser weiß wohl aber, daß in der schlichten Knappheit seine Stärke liegt und will nicht mehr geben, als was er wahrhaft gesehen und erfüllt hat. Darin liegt sein Verdienst. Doch wäre zu wünschen, daß Honheiser an dieser Arbeit besser nachgefeilt hätte, dann wären auch kleine Mängel, vor allem Härten und Unebenheiten seiner Sprache, zum Vorteil des Büchleins beigefügt worden. Davon abgesehen aber ist dieses „Hinterholz“ eine gute proletarische Geschichte, deren Lektüre jedem Arbeiter zu empfehlen ist. L. G.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Neudorf. Die diesjährige Bezirkskonferenz wurde unter zahlreicher Beteiligung der Lokalorganisationen am letzten Sonntag in Neudorf abgehalten. Zu dieser Bezirkskonferenz, die zur Zeit des kommunistischen Verleumdungsflugblattes einberufen wurde, hatten 24 Lokalorganisationen 75 Delegierte entsandt; außer diesen nahmen noch Vertreter der Jugendorganisation, des Bezirksamtsvereins und in Vertretung der Kreisleitung Gen. Bauer aus Karlsbad sowie 18 Gäste teil, gewiß der beste Beweis, daß die Bewegung geschlossen dasteht. Aus dem organisatorischen Bericht entnehmen wir, daß in 30 Orten des Gebietes 24 Lokalorganisationen bestehen mit einem Gesamtmitgliedsstand von 1732 Mitgliedern. Tageszeitungen werden 826, Wochenblätter 753, Monatszeitschriften 46 gelesen. Die Versammlungstätigkeit weist ebenfalls eine erhöhte Tätigkeit aus; so wurden in sieben Monaten 41 öffentliche, 107 Parteiveranstaltungen abgehalten; auch fanden 25 Teilkonferenzen statt. Der Marxenumlauf weist ebenfalls eine Besserung auf, es wurden 12.461 Marken in

neben Monaten umgesetzt. Nach Erstattung des Tätigkeitsberichts durch Gen. Puls erteilte der Vorsitzende Gen. Kautz zum zweiten Punkte der Tagesordnung „Unsere nächsten Aufgaben“ dem Sekretär Gen. Puls das Wort. Dieser zeigte, ausgehend von den Erfahrungen des letzten Wahlkampfes, die bestehenden Fehler und Mängel auf, bewies in seinen weiteren Ausführungen die Notwendigkeit des Ausbaus unseres Organisationsapparates und forderte die Delegierten auf, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit und die uns bevorstehenden Kämpfe für die vorgelegten Anträge zu stimmen. Seine Ausführungen wurden mit Beifall zur Kenntnis genommen und die vorgelegten Anträge betreffend den „Ausbau des Betriebsvertrauensmännerapparates“, „Wahl von Funktionären in der Lokale“, „Erhöhung des Beitrages von 2 auf 2,50 K ab 1. März“ und „Durchführung einer Werbekampagne für Abnehmer der tueren Beitragsmarken“ einstimmig angenommen. Unter „Allgemeines“ wurden von den Delegierten noch einige Anträge gestellt, die sofort eine befriedigende Beantwortung erhielten. Unter Abfindung des „Liebes der Arbeit“ wurde die schon verlaufene und stark besuchte Konferenz nach sechsständiger Dauer geschlossen.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Das Seminar findet diese Woche nicht statt, sondern wird auf den Dienstag der nächsten Woche verlegt.

Verbreitet den „Sozialdemokrat...“

Turnen und Sport.

Fußball: 5. Kreis. Samstag, den 27. Febr., abends halb 7 Uhr, findet in Teplic, Hermannshof, eine Schiedsrichtersprüfung statt, bei der sämtliche Schiedsrichter erscheinen müssen, da dringende Berichte vorhanden sind. Tagesordnung: Prüfung neuer Schiedsrichter, Berichte, Regelanänderung und freie Anträge. Nichterscheinende Schiedsrichter werden in der kommenden Saison in Serien sowie Freundschaftsspielen nicht eingeteilt. — Der Obmann.

Wintersport. Die für den 27. und 28. Febr. geplanten Wintersportwettkämpfe in Oberwiejenenthal sind neuerdings verschoben. Sie sollen am 6. und 7. März stattfinden. Der Bundeswintersportwart.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Vollstbüchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

„Frauenwelt“ Eine Halbmonatschrift. Jede Nummer M 2.— Zu beziehen durch die Vollstbüchhandlung Ernst Sattler Karlsbad, Herag Palace

Schützen Sie Ihre Augen

PHILIPS ARGENTA

spendet völlig zerstreutes Licht.

Kleine Chronik.

Der „Bouquiniste“.

Paris, Mitte Febr.

Nirgends spielt der Bücherantiquar eine solche Rolle wie in Paris. Fast in jeder Straße findet man einen kleinen, vertrautesten Laden, mit einem auf dem Bürgersteig vorgeschobenen Tische, auf dem wohllos alte Bücher, Broschüren, illustrierte Zeitungen usw. verstreut sind. Man bleibt stehen, angelockt von der Farbigeit der Auslage, und voll jener Neugier, die uns bei dem Anblick von Büchern befallt, stöbert und blättert man in ihnen herum. Der wichtige Gang, den man vorhatte, ist vergessen; der wichtige oder Palzar's Juwelenhändler überhört den Geräusch der Straße, verwandelt märchenhaft Raum und Zeit. Der Ladenbesitzer, „Bouquiniste“ genannt, sitzt auf seinem Stuhl vor der Tür, raucht gemächlich seine Pfeife und streift das klassische weiße Epizabärgen.

Das Herumstöbern in den alten Schwärzen, das der Franzose „bouquinier“ nennt, wird manchmal oft zu einer angenehmen Beschäftigung und Zerstreung. Wenn man Glück hat, kann man in den Bücherlasten recht wertvolle alte Ausgaben finden, die der Händler beim Ankauf ganzer Bibliotheken überseh oder deren Wert er nicht kannte. Alte Bücher, Erstausgaben oder seltene Drucke haben in Frankreich den gleichen „Aura“ wie Bilder oder antike Möbel. Ihr Wert wird meistens in den großen Versteigerungen löslicher Bibliotheken bestimmt, und vergessene Bücher, deren Erscheinen oft nicht mehr als 25 bis 30 Jahre zurückliegt, erzielen heute schon Preise von vielen tausend Franken.

Auf den breiten Gassen der Seine-Kais, wo Paris am „pariserischen“ ist, zwischen dem Quai d'Orsay bis weit hinter „Notre Dame“, schlängelt

sich ein kilometer langes Band grüner Bücherlasten unter alten Kastanien und Linden. Die „Bouquinistes“ der Kais sind die klassischen unter ihren Pariser Kollegen, seit Anatole France seinen „Symphonie“ Bonnard“ schrieb. Mit ihren langen Haaren, der schwarzen Pelz und dem Schlapphut, geben sie der Kathedrale im Hintergrunde farbigen Reiz und jene intime Note, die einem den Spaziergang an den Ufern der Seine zu immer neuer, stiller Freude macht. Trotzdem die gute alte Zeit vorüber ist, in der man noch „was finden“ konnte, wie Anatole France einst sagte, bummeln immer noch alte Herren, den obligaten Regenschirm in der Hand und das rote Bändchen im Knopfloch, die Seine entlang. Jemandem keines verstaubtes Buch, vielleicht mit einem Namenszug oder Notizen eines berühmten Mannes, kann unter einem Wust von Schwärzen zu Gold in ihren nettbis suchenden Händen werden. Ob Sammler oder Händler, die Lust am Entdecken wird diese alten Herren immer wieder von neuem dazu verleiten, in dem meist wertlosen Schund herumzuwühlen, den der „Bouquiniste“ schon vor ihm sichtete.

Aber noch eine andere Art Bücherliebhaber „bouquinierter“. Da kommt ein feingekleideter Herr, legt seine Aktentasche auf die Bücher, blättert in einigen Bänden Zola herum und geht nach einer Weile unbefriedigt weiter. Erst später merkt der Buchhändler, daß ihm einige wertvolle Bücher fehlen. Aufpassen und den feinen Herrn zu beobachten, schien ihm ganz unnötig, und so konnte jener heimlich etwas „mitgehen“ heißen. Die durchaus nicht seltenen Bücherdiebe, die mit den verschiedenartigsten Methoden arbeiten, teilen sich in zwei Kategorien: die einen stehlen aus Liebe zu dem betreffenden Buche, die anderen stehlen es, wie sie ebenso gut ein Stück Seife oder ein paar Strümpfe stehlen würden. Da dem Dieb seine Tätigkeit in Paris sehr leicht gemacht wird, ist der „Bouquiniste“ häufig gezwungen, den Bücherfreund in einer Art zu überwachen, die ihm manchmal recht unangenehm wird.

Vor nicht allzu langer Zeit passierte die folgende amüsante Geschichte: Herriot, der damals Ministerpräsident war, schlenderte eines Tages auf dem Erdboden nach der Kammer an der Seine entlang und erstand bei einem der Buchhändler eine kleine alte Bibel. Einige Tage darauf zeigte er sie stolz ein paar Freunden, die bei ihm zu Abend aßen, nicht ohne die Billigkeit seines wertvollen Kaufes zu betonen. Da bemerkte einer der Herren auf der Innenseite des Deckels die verblähten, kaum noch sichtbaren Initialen der Lyoner Bibliothek. In den ersten Augenblicken nach der Entdeckung herrschte peinliches Schweigen, da Herriot gleichzeitig Oberbürgermeister dieser Stadt ist. Wohl aber übel war er gezwungen, seinen Fund der Bibliothek von Lyon zu überweisen, was nicht ohne einige Ironie kommentiert wurde.

Der Pariser Bücherantiquar hat seine Geschichte, die bis ins siebzehnte Jahrhundert zurückgeht. Ohne ihn wäre auch das moderne Straßenbild der Seine nicht denkbar. Solange der Franzose Bücherliebhaber ist, wird der „Bouquiniste“ zu den reizvollsten Figuren von Paris gehören.

Fedor Lovcs.

Aus der japanischen Frauenbewegung.

Eine neue Errungenschaft der japanischen Frauenbewegung der letzten Zeit ist die im Dezember des vergangenen Jahres erfolgte Gründung des Nationalbundes der Studentinnen, die schon seit April des vorigen Jahres vorbereitet war. Die Organisation umfaßt 72 höhere Lehranstalten für Mädchen im ganzen Lande. An der Gründungsversammlung nahmen etwa 500 Studentinnen aus allen Provinzen Japans teil. Der Bund strebt die völlige Gleichberechtigung der beiden Geschlechter im Studium an. Die Polizei hatte zunächst einige Führerinnen unter dem Verdachte,

daß sie Sozialistinnen seien, verhaftet, mußte sie jedoch bald wieder freilassen.

Ein bemerkenswertes Ergebnis hatte im vorigen März der Entwurf eines Gesetzes, welches das politische Verbot der aktiven politischen Betätigung der Frauen beseitigen wollte. Der Entwurf wurde, ebenso wie ein anderer, der sich für das Frauenstimmrecht aussprach, zu allgemeiner Ueberfischung im Abgeordnetenhause angenommen, jedoch im Herrenhaus verworfen. Ihren Ursprung hatten beide Entwürfe im Frauenstimmrechtsverein, der im Dezember 1923 durch Vereinigung verschiedener politischer Organisationen der Frauen gegründet worden war. Voraussetzlich wird die Agitation für das Frauenstimmrecht im kommenden Jahre in erhöhtem Maße einsetzen. Während jedoch immerhin dieser Verein noch konservativ eingestellt ist, verfolgt die Konkurrenzorganisation, der Bund für die politischen Rechte der Frauen, fortschrittliche Tendenzen. Dieser Bund gedenkt in diesem Jahre einen Fonds von zwei Millionen Yen für den Bau eines eigenen Hauses zu sammeln.

Die Frauenbewegung der Arbeiterklasse hat bisher noch keine nennenswerte politische oder wirtschaftliche Organisation aufzuweisen, abgesehen von einigen besonderen Frauenabteilungen großer Gewerkschaften. Von den gesamten 2,5 Millionen Arbeiterinnen Japans sind nur 7700 organisiert. Unter den sozialen Frauenvereinigungen ist der Prohibitionsverein der Arbeiterinnen. Sein Ziel ist die Bekämpfung von Alkoholismus, Mädchenhandel und Borbellenwesen. Neben diesem christlichen Verein verfolgt fast die gleichen Ziele die buddhistische Tokioer Frauenliga. Wenn sich auch die Frauenbewegung Japans noch in den ersten Anfängen befindet, so sind die Aussichten für ihre künftige Entwicklung doch recht günstig.